universität bochum u. klinikum essen

### Studienreform von oben geschaffen und verwirklicht werden kann. Charakter des "Beirats"

Die Zukunft hat schon begonnen:

Die Einberufung dieses Beirats ist der erste Schritt zur Realisierung der staatlichen Bildungsplanung, deren Ziel eine "Reform" des Bildungssektors im Interesse des Ka-pitals ist. Es ist bezeichnend für die Politik der Herrschenden, Studienreform nicht auf Abteilungsebene zu initiieren (z. B. durch Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel, Außerkraftsetzen von Studien- und Prüfungsordnungen), sondern zentral zu bestimmen und von oben zu diktieren. Bei der Einberufung des Beirats, der den "Sachverstand des Hauses" erhö-hen soll, wurden dementsprechend die Hochschulen auch nicht beteiligt. Vielmehr wurden Einzelpersonen berufen, von denen der Minister sich die von ihm gewünschte Beratung erhofft.

Die Zusammensetzung des Bei-

rats spiegelt die ministerielle In- Hearing für das Wissenschaftsmitention wider: zwar ließ der Mini- nisterium. ster sich dazu herab, entgegen seinen anfänglichen Vorstellungen 8 Studenten und 8 Assistenten im Beirat zu akzeptieren, die Mehr-heit der Professoren (18) und der Vertreter von Berufsverbänden (5) ist jedoch gesichert.

Rau leitet zentrale Studienreform ein!

Mit der Einberufung des Beirats sollen keineswegs die hochschulpo-litischen Entscheidungen des Ministeriums auf eine "demokratische" Grundlage gestellt werden; im Gegenteil wird der Charakter des Beirats als persönliches Beratungsgre-mium des Herrn Wissenschaftsministers immer wieder betont.

Auch über den Grad der Verbindlichkeit von Arbeitsergebnissen des Beirats wird kein Zweifel ge-lassen: das Ministerium fühlt sich durch seinen sachverständigen Beirat in keiner Weise verpflichtet. Es will vielmehr Argumente hören, die ihm bei der Durchsetzung seiner Studienreform dienlich sein können. Der Beirat ist — alles in allem — ein institutionalisiertes

In der konkreten Arbeit manifestiert sich die aus der Beraterfunktion resultierende Abhängig-keit des Beirats vom Ministerium zum einen in der wohldurchdachten ministeriellen Informationspolitik (der Beirat erhält nur die Informationen, die das Ministerium geben will; egal, ob dadurch eine fundierte Beiratsarbeit unmöglich gemacht wird), zum anderen in der Erfahrung, daß der Beirat in der Wahl seiner Arbeitsgebiete an das Ministerium gebunden ist.

Daß die Verwertung der Beiratsergebnisse der ministeriellen Willkür unterliegt, ergibt sich aus dem bisher Gesagten von selbst.

#### **Funktion des Beirats**

Das Zustandekommen des Beirats, seine Zusammensetzung, seine Be-ratungsfunktion, seine Abhängig-keit vom Ministerium, machen deutlich, daß der Beirat kein Gre-Fortsetzung auf Seite 6

# Härtefälle egal

In der letzten BSZ berichteten wir von den Auswirkungen des Ausbildungsförderungsgesetzes, welches die Familienabhängigkeit verstärkt und finanzielle Nachteile bringt. Verschärft werden diese Bedingungen allerdings noch durch das Tohuwabohu, das zur Zeit in den Studentenwerken (hier in Bochum: Akademisches Förderungswerk) herrscht. Der Gesetzestext liegt zwar mittlerweile vor, die Ausführungsbestimmungen dazu ergehen allerdings nur kleckerweise. Opfer dieses Verwaltungsschlamassels à la Käte Strobel: Alle diejenigen Studenten, die nicht haargenau in das Schema der bisher bekannten Richtlinien fallen.

Ein Beispiel: Nach den Honnef-Bestimmungen war es dem Akafö möglich, für besondere mit dem Studium in Zusammenhang stehende Aufwendungen wie z.B. Bücheranschaffungen für ein Examen, Benutzung teurer Forschungsgeräte etc. Darlehen zu gewähren. Kommt jetzt jemand mit solchen Problemen zum Akafö, kann man ihm nur den Gesetzestext bieten, aber kein Geld. Denn es heißt zwar in Bafög § 12 Abs. 5: "Zur Dekkung besonderer Aufwendungen, die mit der Ausbildung in unmittel-barem Zusammenhang stehen, . . ., Ausbildungsförderung über die Beträge nach den Absätzen 1 und 2 hinaus geleistet werden, wenn dies zur Erreichung des Ausbildungszieles notwendig ist", aber für die Studentenwerke (Akafö)) dieser Passus solange Blah-blah, wie keine Durchführungsbestimmungen dazu vorliegen. Weder bei der Uni-Verwaltung noch beim Akafö sind solche Bestimmungen bisher eingetroffen.

Zur Zeit wird also mit allen Studenten, die aus irgendwelchen sozialen Gründen, eine außerordent-. finanzielle . Unterstützung brauchen, ein trauriges Spiel ge-trieben: Das Akafö hat keine Richtlinien, der Fond der Universität allerdings hat so schöne detaillierte, daß ein normaler Härtefall schon nicht mehr berücksichtigt wird. Einzige Rettung für viele Kommilitonen: Die kurzfristigen Darlehen, die das Studentenwerk ohne bürokratischen Aufwand ge-währt, wenn wirklich Not am Mann

Das Studentenwerk hat deshalb Förderungsreferent und Direktor des Akafö sowie den Uni-Referenten für studentische Angelegenheiten zu einem Gespräch eingeladen, dessen Ergebnis Sofortmaßnahmen (z. B. ein gemeinsamer Fond für Härtefälle) sein sollen.

Und trotz einer Menge solcher Sachen reden viele Leutchen immer noch von der Hochschul-"Reform"!



In etwa 10 Tagen erscheint der neue

### Universitätsführer

herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft

## 228 Seiten

Dieser Universitätsführer soll

- über die Funktion einer Univer sität innerhalb der Gesellschaft aufklären, wobei auf die spe-zielle Situation an der Ruhr-Universität eingegangen wird sowie einzelne Probleme stu-dentischer (Hochschul-)Politik dargestellt werden
- über die Studiensituation in den einzelnen Fächern informieren was Hinweise über grundsätzliche Probleme des Studiums
- die notwendigen Informationen vermitteln, die Voraussetzung sind für das Zurechtfinden an der RUB und für die Durch-führung eines Studiums im Interesse der arbeitenden Be-

Für alle, die irgendwas an der Ruhr-Universität bisher nicht mitgekriegt haben.

VERKAUF IN MENSA, CAFETERIEN, FACHSCHAFTEN,

**Einmalige Chance:** Für 5,— DM GRIPPEIMPFUNG mit Impfpistole **HEUTE U. MORGEN** 15.00 - 16.30 Uhr Arztstation NB 04 Nord

## Die Hausbesetzungen im Frankfurter Westend von einem Augenzeugen

Nachdem vor einem Jahr im Frankfurter Westend drei Häuser erfolgreich besetzt worden waren und es der Dreieinigkeit von Hausbesitzern, Magistrat und Polizei nicht gelungen war, die Besatzer freiwillig zum Räumen zu bewegen, kam es dieser Tage zur Stra-Benschlacht. Im Frankfurter Rhein-Main-Gebiet herrscht nahezu die größte Wohnungsnot der gesamten Bundesrepublik. Besonders betroffen sind Studenten und ausländische Arbeiter. Während die Arbeiter von den Firmen zu Wucherpreisen und zu Hunderten in verdreckte Löcher gesteckt werden können, finden diesen Herbst von ca. 20 000 Studenten gut 3000 keinen Raum zum Wohnen, obwohl im Stadtteil Westend über 40 Häuser leer Spekulationsobjekte stehen, millionenschwerer Grundstücksmillionäre, die auf die paar zehntausend Mark Rendite nicht angewiesen sind.

Eines dieser Wohnhäuser, das Haus Grüneburgweg 113 wurde am Mittwoch, dem 29. September, von einer Gruppe von Genossen besetzt. In-nerhalb von zehn Minuten trugen die Genossen ihre Habseligkeiten in das Haus und verbarrikadierten es anschließend. Etwa 50 weitere Genossen standen um das Haus herum, um einen gewissen Schutz Öffentlichkeit herzustellen. Nach den friedlich verlaufenen Hausbesetzungen im vergangenen Jahr rechnete niemand mit einem Polizeieinsatz. Doch wenige Minuten nachdem das Haus verrammelt war, kam mit Blaulicht und Martinshorn das Überfallkommando, drängten sich etwa zehn Bullen durch die Umstehenden und verklettern. Nachdem die Genossen sie daran hindern wollten, zogen sie sogleich ihre Gummiknüppel und prügelten los. Dann sammelten die zuerst angekommenen Bullen sich hinter dem Gartengitter und warteten auf ihre Kollegen. Diese kamen etwa zehn Minuten später. Währenddessen hatten die Genos-





miert. Der Polizeinachschub kam und der Polizeipräsident, das Schwein Müller, gab einen rechtlich wertlosen Räumungsbefehl für das Haus per Sprechfunk durch. Die Anwälte, die man inzwischen alarmierte hatte, wollten verhan-deln: "Erst nach der Räumung" beschied ihnen der Einsatzleiter. Dann begann der Einsatz'. Die Bullen prügelten, was das Zeug hielt, auf die Genossen ein, die sich mit wenig Waffen, aber viel Energie verteidigten. Die Ketten waren bald durchbrochen und die Genossen et-was vom Haus weggedrängt. Es wurden Steine auf die Bullen geworfen, aus der Menge kam eine Rauchbombe und aus dem Haus wurden Flaschen mit Wasser ge-worfen, die jedoch nur für kurze Zeit die Bullen in Schach halten konnten. Währenddessen gelang es für kurze Minuten, den Platz vor dem Haus zurückzuerobern. Das Gartengitter, zwei Meter hoch, aus schwerem Gußeisen, wurde umgekippt. Vor der Übermacht der Bullen mußten die Genossen weichen; sie wurden in beide Richtungen der Straße vom Haus weggeprügelt, nen, Demonstranten und zufällige Passanten so niederschlugen, daß sie liegenblieben. Einer Genossin wurden alle Vorderzähne ausgeschlagen. Ein besonders hysteri-scher Drecksbulle verfolgte ein an-deres junges Mädchen über hundert Meter weit, zog sie an den Haaren und versuchte sie auf den Boden zu werfen. Er wurde von Genossen überwältigt und zog sich mit entsicherter und vorgestreckter Pistole zurück zu den seinen. Der Einsatzleiter hatte Mühe, seine Untergebenen zurückzuhalten, die voller Lust auf die am Boden liegenden verletzten Genossen einprü-

Dann begann die Räumung des Hauses. Die Tür wurde aufgerammt und die Genossen, die auf dem Boden saßen, verprügelt, die Treppe herunter gestoßen, wieder verprügelt, zum Teil in die Genitalien getreten und dann in die Gefangenenwagen gebracht, wobei einzelne zum dritten Mal verprügelt wurden. Die Verhaftungen er-folgten willkürlich, einzelne Ge-nossen konnten sich vor dem Haus davon machen, einige wenige wurden befreit, Frauen mit Kindern durften gehen. Die Besetzung war zu Ende. Auf der Pressekonferenz, die die Besetzer am nächsten Tag versetzen.

abhielten, wurde betont, daß diese Abschreckungsmaßnahmen der Polizei nutzlos seien. Weitere Hausbesetzungen, besser vorbereitet und wenn nötig, militänter verteidigt, würden auf jeden Fall folgen, denn die Wohnungsnot kann durch noch so brutale Polizeieinsätze nicht verboten werden. Die Polizeipräsidentensau Müller gab seinerseits eine ziemlich lügenhafte Darstellung der Vorgänge und verteidigte seine vom Vermögen des arbeitenden Volkes bezahlten Prügelknechte. Die Li-beralen lamentierten wie üblich. Die FAZ gab ganz klar den Standpunkt des Klassenfeindes zu Protokoll. "Eigentum ist vergegen-ständlichte Freiheit und damit ein personales Rechtsgut ... Wer jetzt die Beamten, die sich brutaler Gewalt zu erwehren hatten, mit ungeprüften Vorwürfen überschüttet, der macht sich mitschuldig daran, daß es gegen immer mehr Kriminelle immer weniger Polizisten gibt." (FAZ Leitartikel vom 2.10.71)

Diese "Kriminellen" — es waren zuerst 400 Genossen— zogen am Samstag, den 2. Oktober, diszipliniert durch die Stadt und das Westend, begleitet von mehreren Hun-dertschaften Polizei und vier Wasserwerfern, sowie den Polizeigangstern Müller und Panitz. Selbst dieses Aufgebot konnte nicht verhindern, daß, genau vorbereitet, beim Vorbeizug des Zuges das Haus Bockenheimer Landstraße 111 von innen her besetzt wurde. Die Kinnladen der Uniformierten klappten herunter vor Erstaunen, als unter riesigem Jubel Transparente von den Fenstern gelassen wurden, welche die Besetzung des Hauses verkündeten. Vom Balkon des Hauses her wurde eine Kundgebung durchgeführt, die Demonstranten umlagerten das Haus so, das es geschütz war. Die ratlose Polizei zog sich zurück. Besetzer und Demonstranten feierten ein großes Fest. Eine Villa, die zur selben Zeit besetzt worden war, ohne daß man Kontakt mit den Genossen gesucht hatte, wurde wenige Stunden später ohne Widerstand geräumt. Das Haus Bokkenheimer Landstraße 111 bleibt besetzt. Die Hauskollektive der besetzten Häuser Frankfurts rufen dazu auf, ihrem Beispiel überall in der Bundesrepublik und West-Berlin zu folgen, um so Wohnungen für Wohnungssuchende zu finden und der kapitalistischen Ideologie von der Verfügungsgewalt über das Privateigentum harte Schläge zu

## Assistenten-Vorstand in Sitzung gestürzt

In der 36. o. Sitzung des Assistentenrats (entspricht dem Studentenparlament) wurde der seit 14 Tagen amtierende Assistentenvorstand abgewählt. Daß nämlich ein tendenziell linker Vorstand (Müller, Dannhauer, Pasierbsky, Blanke, Hämmelmann, Schnoor, Becker) gewählt wurde, trieb die Rechten wie v. Renesse, Fischer und die Strategen von Abteilung 17 und 18 aus ihren Löchern.

Anlaß war ein Streit innerhalb | satzweise geführten Diskussion war des Vorstandes, wo man sich darum rangelte, ob die Einladung zu einem Vortrag von Dozentenschaft und Assistentenschaft unterzeichnet werden sollte, der überdies von einer Versicherungsgesellschaft als Werbeaktion unter dem Mäntel-

chen eines wissenschaftlichen Vortrags stattfinden sollte.

Dabei zeigte sich, daß der Assistentenvorstand eigentlich eine Koalition ist, worüber der Assi-stentenrat sich wegen der vor der Wahl weitgehend unterlassenen politischen Befragung der Kandidaten nicht im Klaren war. Die Mitglieder des Assistentenvorstandes waren sich darüber anschei-nend auch nicht klar, denn es wurde eine breite Diskussion über Meinungsbildungsmechanismen innerhalb des Vorstandes geführt, eine Frage, die bei studentischen Koalitionsgesprächen mit als erste ge-

Jedenfalls gelang es der rechten Mehrheit, über die Argumentation, ein in sich zerstrittener Vorstand sei mißtrauenswürdig, die mißliebigen Verbreiter linken Gedankenguts zu stürzen. Der darüber anzu entnehmen, daß die anwesende Mehrheit inhaltlich nicht mehr zum Gemeinsamen Aktionskonzept der Assistenten und Studenten stand.

Vor der nächsten Wahl ist eine "2-3stündige" Strategiedebatte angesetzt, bei der die Kandidaten wirklich politisch abgeklopft werden sollen. Bis dahin bleibt der alte Vorstand kommissarisch im Amt. Eine genaue Einschätzung der Zusammenarbeit mit den Assistenten kann erst nach den Neuwahlen er-folgen, da das Abwahlspektakel erst als Auftakt einer Entwicklung zu werten ist.

## Wenn Sie glauben

die Polizei sei einzig da, um gehalten und bisweilen mal ein neutrales Recht und eine verdroschen werden. ebenso neutrale Ordnung in unserem Staat zu schützen, dann haben Sie bestimmt die und Ordnung nie neutral sind, Razzia in der letzten Woche daß Recht immer Recht für die nicht miterlebt, dann waren einen und gegen die anderen, Sie auch in Frankfurt nicht dabei, als während der Räumung eines besetzten Hauses einem 17jährigen Mädchen alle Vor- die Grundfrage ist: in wessen derzähne von einem Bullen ausgeschlagen wurden, Sie waren auch nicht zu Ehren des reaktionären Mümmelmanns aus Japan nach Köln oder Bonn gefahren und dort westdeutscher Bullenbrutalität ausgeliefert, und Sie gehören schon gar nicht zu den ca. 100 politischen Gefangenen in der BRD, die zum Teil schon seit einem Jahr ohne Gerichtsurteil mit fadenscheinigen Begründungen in Untersuchungshaft

Wären Sie dabei gewesen, dann wüßten Sie, daß Recht daß Ordnung immer die Ord-nung der einen und die Un-Ordnung der anderen ist, daß Interessen gegen wessen Interessen - wer wen!

Seite 2 einiges über Bullen



## StA-Aktionsprogram

Die vom Kapital als "Reform" verkaufte Formierung des Ausbildungssektors, bedingt durch die ökonomischen Notwendigkeiten des Spätkapitalismus (s. letzte BSZ) umfaßt im wesentlichen 2 Punkte: 1. Objektive Tendenzen der Vergesellschaftung von Wissenschaft und Ausbildung, d. h.: Liquidierung des Humboldtschen Bildungsideals; direkte Anpassung an die Bedürfnisse der Produktion; Ausbildung von Herrschaftstechnikern, die die notwendige Aufgabe des Krisenmanagements und der Ideologie produktion übernehmen können. Organisatorisch bedeutet das die Liquidierung feudaler Organisationsstrukturen, Abbau der Selbstverwaltung jeglicher Art (abgesehen von dekorativen "Mitbestimmungsgremien"). Damit verbunden ist längerfristig eine Zentralisierung der Planung und Verwaltung des Ausbildungssektors. 2. Die Vergesellschaftungstendenzen werden subsumiert unter die Herrschafts- und Verwertungsinteressen des Kapitals. Das bedeutet, daß Studienpläne und Lehrinhalte zentral bestimmt werden. Das bedeutet Kurzstudien, die a) die Ausbildungskosten pro Stück Student senken, b) dem Studenten, der unter permanentem Leistungsdruck/steht, keinen Raum zum Erkennen gesellschaftlicher Zusammenhänge lassen - Lehrinhalte werden ja von oben diktiert - und ihm somit "dank" einer spezialisierten Ausbildung zum Roboter der herrschenden Klasse machen. Dies alles bedeutet eine ungeheure Verstümmelung potentieller menschlicher Fähigkeiten und die Lähmung von gesell-Fortsetzung auf Seite 3 schaftlichen Produktivkräften.

## Aufrüstung der Polizei

Seit dem Münchener Banküberfall am 8. 8. überbieten sich bürgerliche Presse und Parteien gegenseitig darin, die Öffentlichkeit über die "wachsende Brutalisierung" und Zunahme der Kriminalität in Schrecken zu versetzen und eine noch intensivere Aufrüstung der westdeutschen Polizei zu propagieren. Diese neuerliche Kampagne beschleunigt die Maßnahmen, die schon im Herbst 1970 von der SPD/FDP-Bundesregierung eingeleitet wurden.

Intensivierung der Verbrechensbekämpfung" wurden die Personalstellen des Bundeskriminal-amtes (BKA) verdoppelt.

 Der kriminalpolizeiliche Vollzugsdienst wurde durch Prestigegewinn und materielle Verbesserungen attraktiver ge-macht: Im BKA werden künftig nur noch qualifiziert ausgebildete Beamte des gehobenen und höheren Dienstes und entsprechender Gehaltseinstufung eingestellt (Neue Laufbahnverordnung vom 1. 7. 71). Sie erhalten eine Sonderaufwandsentschädigung, die "BKA-Zulage".

 Die ohnehin beträchtlichen fi-nanziellen Mittel des Polizeiapparates werden noch erhöht: Der momentane Haushalt des BKA von 54,2 Millionen DM soll im nächsten Jahr auf 74 Millionen DM steigen; der Verfas-sungsschutz erhält künftig statt 37 Millionen 43 Millionen DM. Der Bundesgrenzschutz (BGS) verfügt 1971 über 450 Millionen

Die westdeutsche Polizei ist die

Im Rahmen des "Sofortpro- stärkste Polizei in Westeuropa und gramms zur Modernisierung und die einzige in ganz Europa, die über Explosivwaffen und Sprengmittel verfügt. Das Arsenal der 17 000 Mann starken Bereitschaftspolizei besteht aus Maschinengewehren, leicht gepanzerten Fahrzeugen, Handgranaten und Explosivwaffen. Aber die Polizei soll noch besser ausgerüstet, noch militarisierter werden: Im nächsten Jahr wird in der BRD einheitlich für alle Länderpolizeien das FBI-Schießprogramm eingeführt. Gewehre mit Zielfernrohren sollen her. Baden-Württemberg züchtet auf Initiative des SPD-Innenministers Krause



sich eine Polizeielite heran, die in einem amerikanischen FBI-Trai-ningscamp geschult werden soll.

Wozu dieser ungeheure Aufwand? Um die steigende Kriminalität wirksam bekämpfen, die Aufklärungsquote steigern zu können? Im Gegenteil: Die Gesamtauf-klärungsquote erreichte im Jahr 1970 ihren bisher niedrigsten Stand (Bulletin der Bundesregierung Nr. 100/71). Aus der polizeilichen Kriminalstatistik geht hervor, "... daß in der Hauptsache die Diebstahlskriminalität das wenig günstige Gesamtbild der Kriminalität und ihrer Bekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland ... betimmt ... Um aber gegen Warenhaus- und Autodiebe anzukommen, ist weder die Durchführung eines FBI-Schießprogramms noch die Anwendung konventioneller Kriegswaffen geeignet und notwendig. Die sozialreaktionäre SPD/FDP-Regierung kann letzlich auch nicht verheimlichen, wogegen sich der Ausbau des BKA und ähnliche Maßnahmen in Wirklichkeit richten. Die gesetzlichen Grundlagen für den Polizeieinsatz gegen fortschrittliche Kräfte sind längst geschaffen:

Das gesamte Ansenal der Bereitschaftspolizei kann im Notstand als letztes Mittel eingesetzt werden (Gesetz über den

unmittelbaren Zwang).

In der Novelle zum Bundesgrenzschutz-Gesetz wird dem Bund das Recht zugestanden, den Bundesgrenzschutz in Bundesländer aufmarschieren zu lassen, wenn diese die "öffentliche Sicherheit" nicht mehr gewährleisten können.



Mit zunehmender Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise und dem Aufschwung der Arbeiterbewegung wird die eigentliche Funktion des polizeilichen Gewaltapparates für die Bourgeoisie immer deutlicher. Man probt jetzt schon für den Ernstfall. Unter dem Vorwand einer Großfahndung nach der Baader/Meinhof-Gruppe wurde z.B. im Juli dieses Jahres eine großangelegte Notstandsübung in vier Bundesländern durchgeführt. Wenn es darum geht, Massenbewegungen niederzuhalten, sind die Monopolkapitalististen nicht zim-

# Wir Imperialisten

## Eine schöpferische Weiterentwicklung der Ideen des Marxismus-Leninismus durch den Genossen Farle (Spartakus)

Beim Teach-in über Persien am 12. 10. hat der Genosse Farle, bekanntermaßen einer der größten lebenden Marxisten - Leninisten in DKP und Spartakus, erneut den Marxismus in folgenden Punkten schöpferisch weiterentwickelt:

Wie ein Land der dritten Welt sozialistisch wird:

Der einfachste Weg, ein Land zum Sozialismus zu bekehren, ist, es in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion zu bringen. Das geschieht am besten dadurch, daß der herrschenden Clique Waren zu günstigen Bedingungen geliefert werden, insbesondere aber Waffen zur Unterdrückung von irgendwelchen linken Revolutionären. Dann nämlich, wenn die Herrschenden in Abhängigkeit von der SU sind, kann diese Druck ausüben, und das Land wird sozialistisch. Damit ist natürlich die Lieferung von Waffen an den Schah von Persien nicht nur gerechtfertigt, sondern als Beispiel bester kommunistischer Taktik erkannt.

Auf die naheliegende Frage, warum diese hervorragende Taktik nicht auch in Südvietnam angewandt wird, wußte Genosse Farle keine so einleuchtende Antwort; aber nach einer eingehenden Analyse wird er das wohl bald

2. Der Sinn der kommunistischen Bewegung:

Die Aufgabe der Kommunisten wurde vom Genossen Farle völlig neu definiert: Auf die Frage, was denn bei dem Teach-in herauskommen sollte, antwortete er: "Unsere Aufgabe ist es, ein politisches Dokument zu verabschieden." Unsere Aufgabe ist es also, Dokumente zu verabschieden; da damit den sozialistischen Historikern Arbeit beschafft wird, ist dies auch ein höchst soziales Vorgehen (Arbeitsbeschaffung).

Nach all diesem können wir nicht umhin, vorzuschlagen, den Marxismus-Leninismus in Marxismus-Leninismus-Farleismus oder besser noch in Farleismus (ehem, Marxismus-Leninismus) umzubenennen.

FARLEISTEN ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Anm. d. Redaktion: sie sind schon vereinigt – in den sowjethörigen KP's! Es handelt sich auch nicht um eine Erweiterung, sondern um die politische Grundlage dieser Parteien.

## DKP gegen Kommunisten

Wenn die DKP, die SDAJ zu einer Solidaritäts-Aktion zum Roten Punkt aufruft, erscheint es denjenigen, die die Demonstrationen Anfang dieses Jahres hautnah erlebt haben, als sehr verwunderlich, da sie das "solidarische" Verhalten dieser "Genossen" noch gut im Gedächtnis haben. Es waren nämlich Leute der DKP, des Spartakus und die SDAJ, die antirevisionistische Genossen schlugen, die diese dann alleine auf den Schienen stehen ließ und so der Polizei auslieferte.

2500 Jahre Unterdrückung

Ab 15. Oktober 1971 haben in Persepolis die Feiern zum "2500-

jährigen Bestehen der persischen Monarchie" stattgefunden. Während die Geheimpolizei SAVAK Tausende von Oppo-

sitionellen in ihren Gefängnissen foltert, feiern der Schah und

die Vertreter imperialistischer und "sozialistischer" Länder in

einem Fest à la 1001 Nacht die 2500jährige Unterdrückung des

persischen Volkes. Während Kinder in den ländlichen Gegen-

den fast verhungern, verschleudert der Schah nahezu 1 Mil-

liarde DM für in der Wüste errichtete Telefonnetze, Marmor-

persischen Monarchie vorzugaukeln, die nie bestanden hat.

Dem Schah dient dieses Fest dazu, eine geschichtliche Kontinuität der

Der Schah, der seine Herrschaft nur durch brutalen faschistischen Terror

aufrechterhalten kann, baucht angesichts des aufkommenden Widerstan-

Um weiterhin Kapital aus den imperialistischen Ländern nach Persien zu

ziehen, muß der Schah eine "sichere politische Lage" in Persien "an-

Für die Imperialisten ist das Schah-Regime der richtige politische Rah-

nen. Die Lage des persischen Volkes interessiert sie dabei nicht.

men um in Persien ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen zu kön-

Auch in der BDR haben die Imperialisten sich darauf vorbereitet, bei der

Feier in Persepolis mitzujubeln. Ein "Ehrenkomitee zur 2500-Jahr-Feier

der persischen Monarchie" (Heinemann, Brandt, Strauß etc.) hat die

die Unterbindung der Aktivitäten der SAVAK auch in der BRD sowie der

Repressalien der BDR-Ausländerbehörden gegenüber politisch arbeiten-

daß alle Feiern in der BRD, die der Verherrlichung des faschistischen

die Unterlassung jeglicher Entwicklungshilfe für den Schah und das im

mit dem gerade in letzter Zeit aufflackernden Kampf des persischen

mit den Genossen, die in der vom Schah verbotenen CISNU für die

Feiern auch in Deutschland vorbereitet (Seminare, Veranstaltungen).

badewannen, Kaviar, Sekt, Luxushotels etc.

Wir stellen fest:

Angesichts dieser unrühmlichen erdreisten sich die DKPisten dennoch, in der letzten Nummer des "Kommunisten" folgende unverschämte und schwachsinnige Polemik zu drucken:

"... übrigens der Aufsichtsrat der Bogestra, der AStA der RUB, der RCDS, der SHB-Bochum, die SAG, der Bochumer Oberbürgermeister, KPD/ML KSB/ML u. a. und der Aufsichtsrat der Friedr. Krupp Hüttenwerke Bochum haben sich mit dieser Aktion nicht solidari-

Verschwiegen wird natürlich, daß der AStA in Flugblättern und Presseerklärungen Stellung zu den Rote-Punkt-Prozessen genommen

Verschwiegen wird, daß der AStA einen Großteil der Prozeß- und Anwaltskosten übernommen hat.

Letztlich wird natürlich auch verschwiegen, daß der AStA versucht hat, die Diskussion um die Neubestimmung des Roten Punktes voranzutreiben.

So wurden Parolen der DKP wie "Kürzung des Rüstungsetats —

## Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen Spirituosen Lebensmittel

Jrinkhalle Kotthoff (Mensaparkplatz)

Neu:

Nulltarif" entschieden abgelehnt mit die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten.

In diesem Punkt als auch im Aufzeigen neuer Kampfperspektiven die Diskussion von den

So wurde von uns die Forderung

gebeten werden sollen, direkt getroffen und nicht über Steuerumwälzungen, die doch nur die arbei-

Die DKP, bemüht die Gewerkschaften nicht zu vergraulen, wollte da natürlich nicht nachziehen. Zurück blieb ein Roter Punkt ohne Strategie, ohne Kampfperspektive, natürlich geeignet die DKP im Bündnis mit demokratischen Kräften zu präsentieren.

Nachspiel: Bezeichnend für das Solidaritätsverständnis der DKP ist folgende Begebenheit von der KDP/ML, der eine Resolution gegen das geplante Verbot der ML-Gruppen vorlegte, wurde von DKP-Leuten mit Gewalt von der Bühne gedrängt. Sogar wurde der Ruf nach eben der Polizei laut, deren Vorgehen gegen Demonstranten man vorher in niedlichen Liedchen verurteilt hatte.

### Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler Runderneuerungsund Vulkanisierbetrieb **Deta-Batterielager** 

Sonderpreise f. Uni-Angehörige 463 Bochum · Wittener Str. 449 Fernruf 55 03 68 gegenüber Opel-Eingang I

**Brot** + Backwaren

Busfahrkarten aller Art

da solche Forderungen Illusioner über die Funktion des Staates auslösen. Es ist ein wesentliches Merkmal des Reformismus und Revisionismus zu propagieren, der Staat wäre ein Neutrum und könnte so-

DKPisten abgeblockt.

eingebracht, verstärkte Agitation in den Betrieben zu betreiben, mit der Forderung, daß die Anfahrtszeit ähnlich wie im Beamtenreise-kostengesetz bezahlt wird.

Dies hätte das Bündnis mit der Arbeiterklasse gestärkt und hätte die Kapitalisten, die ja zur Kasse tende Bevölkerung belastet.

## auch zur Nachtzeit

Über Anarchisten wird viel und gerne geschrieben. Die bürgerliche Presse der BRD (nicht nur BILD, auch die FR tut's) nimmt sich ihrer besonders gerne an, um die gesamte sozialistische Linke Westdeutschlands zu diffamieren. Die SPD/FDP-Regierung nimmt ihr Vorhandensein zum Anlaß, die Linke zu kriminalisieren und großangelegte Polizeiaktionen zu rechtfertigen - sei es den brutalen Einsatz beim Banküberfall in München (nicht von ungefähr wurden die Bankräuber in einer Münchener Zeitung als Mitglieder der "Roten Garde" apostrophiert), sei es den Einsatz von 3000 schwer bewaffneten Polizisten in Norddeutschland zwecks "Fahndung" nach der "Baader-Meinhof-Gruppe". Das Ergebnis dieser Aktionen ist bekannt: drei Tote. Über die politisch zweifelhaften Aktivitäten diverser Anarchistengruppen (z. B. Rote Armeefraktion, 883) gibt es viel zu sagen. Kritik an ihnen wird auch in der BSZ geübt werden. Wenn wir an dieser Stelle einen Bericht der Berliner 833-Redaktion über einen Polizeieinsatz gegen sie abdrucken, dann nicht, weil wir uns mit 833 identifizieren oder ihre Art des "politischen Kampfes" gutheißen. Sinn eines solchen Berichts kann es nur sein, den Polizei-Terror, der gegen Linke in Westdeutschland und Westberlin ausgeübt wird (und an den viele noch nicht so recht glauben wollen), und der jederzeit andere Organisationen treffen kann, anschaulich zu machen.

"Im Ermittlungsverfahren gegen UNBEKANNT wegen Beleidigung und Verstoßes gegen das Pressegesetz wird auf mündlichen Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin vom 1. 7. 1971 gemäß § 103 StPO die Durchsuchung der Wohn-, Neben-und Geschäftsräume sowie des Kraftwagens ... — auch zur Nachtzeit - angeordnet."

Viele Genossen kennen diesen Spruch. Viele wissen, was gesche-hen ist, nachdem Staatsanwalt, Richter und die Bullen in der Wohnung waren. Im folgenden geht es um die Beschlagnahmeaktion der Bullen gegen 883. Anklagepunkte: Verstoß gegen das Pressegestz und Beleidigung. Das sind Delikte, die im Verhältnis zum Aufwand des Staatsapparates einfach lächerlich sind.

Du warst im Kino, in der Kneipe oder hast ein Treffen mit Genossen. Du kommst gegen 24 Uhr nach Hause; siehst Leute am Auto einer Genossin herumfummeln. Du Kundgebung am 12. 10. in der fragst, was das soll. Die antworten: Ruhrland-Halle; Ein Genosse der sind Sie der und der? Du: Ja! Kriminalpolizei!!! Auf dem Wege zu deiner Wohnung bemerkst du Zivilbullen im Hausflur. Du kommst in deine Wohnung, die die Schweine schon aufgebrochen haben. Schloß kaputt, Klingel zerschlagen! Du fragst den Staatsanwalt (das Schwein kennen wir: Böhmann) was das ganze soll. Schon wirst du von einem Unterpig zur Seite gestoßen. Du protestierst, fragst nach dem Durchsuchungsbefehl; die geben dir vorerst überhaupt nichts. Suchen einfach weiter: reißen Bettkästchen auf, stöbern in alten Zeitungen, reißen Bücher aus den Regalen, wühlen in deiner Post.

Du fragst nochmal. Endlich bequemt sich eines der Schweine, dir den Beschluß zu zeigen. Du liest ihn durch, stellst fest, die haben den Beschluß auf eine andere Wohnung ausgefüllt als der, wo sie sich Bücher, Druckplatten, Filme, "es augenblicklich befinden. Du wirst ist nichts beschädigt worden." Die

wütend, sagst sie sollen abhauen. Schweine reißen den Kleider-Sagst das zweimal. Der Richter kritzelt dann schnell einen Zusatz: der Beschluß ist damit rechtskräftig! Nachdem du wieder protestierst, kommt ein Unterpig (kennen wir auch: Höhne, der "Bombenfinder" bei der Kommune I), brüllt dich an, du sollst die Hände von ihm lassen. Dabei hast du nichts getan, nur rumgestanden. Der rempelt dich an, ein anderer stößt dich zur Seite (Schweinedienst Nr. 0545), du spannst die Muskeln an, das Schwein brüllt: "Holt die Streife, holt die Streife!" Du wirst mit den anwesenden Genossen aus deiner Wohnung rausgeschmissen. Die Streifenbullen kommen, neh-men dich mit zur Wache. Du hockst da 2 Stunden. Die Revierbullen sind sauer auf die Kripo: die haben ihnen zwei Leute rangeschleppt, mit denen sie nichts anzufangen wissen. Die Kripo sagt nur: "Festhalten." Basta. Angeblich wegen "Störung einer Amtshandlung". Telefonieren darfst du natürlich nicht. Im Protokoll steht: "Die Durchsu-

chung wurde freiwillig gestattet. Die kommen nachts mit über 30 Leuten, umstellen das Haus, leuchten in Keller, leuchten die Hauswände ab, rennen mit Getöse die Treppen rauf und runter; toben sich nach SS-Manier aus: Da Bücher sowieso für die Zwerghirne schon Aggressionen auslösen, beginnen sie zu "arbeiten". Sie grei-fen mit auseinandergespannten Armen ins Bücherregal und reißen die Bücher raus. Am liebsten würden sie noch drauf scheißen und reinpissen und zu dir sagen: "Sie wollen doch nicht behaupten, daß wir so etwas machen!"

Im Protokoll steht: "Es ist nichts beschädigt worden." Die Schweine treten die Tür ein: "Es ist nichts beschädigt worden." Die Schweine demolieren die Klingel, zertreten

schrank auf, schmeißen die Klamotten in der Wohnung rum: "Es ist nichts beschädigt worden." Sachschaden der ganzen Aktion: ca. 2000,— DM!

Richter und Staatsanwalt fungieren bei derartigen Sauereien als juristisches Alibi. Die Drecksarbeit wird rechtskräftig, sobald ein Richter und Staatsanwalt dabei ist. Bei den Durchsuchungen drücken sie sich immer im Flur oder gerade in den Zimmern rum, wo die Un-terpigs nicht sind. Den Herren scheint das ganze irgendwie peinlich zu sein. Sie sind freundlicher als die Unterpigs, bücken sich auch nicht, um irgendwo herumzuschnüffeln. Sie tun nichts. Stehen rum, sind nett zu den Kindern, versuchen sogar ruhig und höflich mit dir zu reden. Sie schämen sich fast, mit den anderen Schweinen zusammenzuarbeiten. Sie zucken mit den Schultern, wenn du dich empört an sie wendest.

Viele Genossen sagen: das dürfen die doch nicht. Du selbst glaubst, wenn du nach den Namen der Schweine fragst, die würden ant-worten. Nichts. Die schweigen, übersehen dich, schieben dich zur Seite. Die verkrüppelten Unterschriften kannst du auf dem Protokoll sowieso nicht entziffern. Wenn der Spuk vorbei ist, weißt du oft überhapt nicht, wer durch-

Genossen, wir müssen ohne Il-lusion weiter kämpfen. Wir müssen die Illusion aufgeben, daß die Schweine irgendetwas doch nicht dürfen. Fest steht: die dürfen und machen alles. Das heißt für uns alllerdings nicht, die ständigen Rechtsbrüche der Schweine widerstandslos hinzunehmen.

Genossen, haltet eure Wohnungen von allem irgendwie "belastenden Material" sauber. 883 REDAKTION

## Befreiung des persischen Volkes vom imperator persicus parasiticus Reza Pahlevi kämpfen. Sieg im Volkskrieg!

**WIR SOLIDARISIEREN UNS:** 

Volkes gegen den Schah;

den persischen CISNU-Genossen;

Schah-Regimes dienen, abgesagt werden;

Iran engagierte BRD-Kapital. Freiheit für alle politischen Gefangenen im Iran.

KSB/ML ruft auf:

### TRIBUNAL GEGEN **POLIZEITERROR**

Betroffene berichten von der Razzia "Ruhrschiene"

> **HEUTE 18.00 HGC 10**

### Karate-Veranstaltung der Südkoreaner in Frankfurt geplatzt!

Nach der mißlungenen Veranstaltung in Bochum versuchte nun die südkoreanische Botschaft in der Zuch diese Veranstaltung ver-BRD mit den von ihr kontrollierten Karate bzw. Taek-Wan-Do-Klubs in Frankfurt vorsichtiger zu agie-

Auch in Frankfurt verteilten Angehörige des Deutsch-Koreanischen-Solidaritätskomitees Flugblätter, in denen sie auf die Prügel-

Helfen Euch bei Umzügen KLEINTRANSPORTE WILLI und CACO Querenburg, Overbergstraße 11

MARKENREIFEN VW 1500 / 1600 (6.00-15"); 1 Heckstoßstange VW 1300/ 1302; 1 4-Lochfelge VW. BILLIGST! Fresen GC 6/60, Uni, App. 2843

deutlichte wieder den propagandistischen Charakter für das Regime in Seoul. Das Abspielen der Spal-terhymne und das Vorzeigen der südkoreanischen Flagge waren noch das wenigste. Zusätzlich hetzte immer noch der Conferencier gegen den kommunistischen Norden und wies wiederholt auf die guten Beziehungen der BRD und Südkorea

Bevor das Theater in der Verleihung von Blechpokalen seinen "Höhepunkt" finden konnte, wurde die Veranstaltung durch eine Nebelbombe beendet.

Ein bezeichnendes Licht auf die Situation in Südkorea wirft eine Notiz der Frankfurter Rundschau vom 16. 10. 1971: Die Studentenrevolten in Südkorea werden auf festgenommen. Die Kämpfe an den satzer ausgebrochen.



wurden durch Fallschirmjägerbrigaden besetzt, ebenso 10 Oberschu-

ebenso bezeichnende wie einfache Hochschulen waren wegen der Fest-Weise gelöst. Sieben Universitäten nahme von fünf Studenten aus politischen Gründen und der völligen Beherrschung der Verwaltung durch len. Über 1000 Studenten wurden Militär, Geheimdienst und US-Be-

# AStA-Aktionsprogramm (II. Teil)

Gegen diese Maßnahmen des Kapitals, wie sie sich uns jetzt schon durch Hochschulgesetz, BAFöG, Hochschulrahmengesetz etc. präsentieren, gilt es, die Perspektive des sozialistischen Studiums zu entstelle des sozialistischen Studiums zu entst wickeln. Ein Verhindern solcher Gesetze ist weder durch Lob-byistentum noch durch Demonstrationen vor dem Landtag möglich, da nun einmal die BRD, bedingt durch die kapitalistische Produktionsweise, ein Klassenstaat ist.

Ansetzen müssen wir dort, wo diese Maßnahmen uns direkt betreffen: an den Abteilungen, wo sich in Form von Lehrplänen, Prüfungsordnungen und Lehrinhalten die Strategie des Kapitals konkretisiert. Zu leisten ist:

1. Kritik der bürgerlichen Ideolo-

2. Tendenzieller Abbau des Prü-fungsdrucks mit der Perspektive des Zeitgewinns für sozialistische

3. Aufbau sozialistischer Studiengänge, verbunden mit der Frage der Berufsperspektive und außer-universitärer Aktivitäten (Theorie-Praxis).

Aus dieser Aufgabenstellung ergibt sich zwangsläufig die Organisationsstruktur für unsere Arbeit: Der Kampf muß hauptsächlich von Abteilungsgruppen, von Fachschaften und Projektbereichen geträgen

### **Fachschaftspolitik**

Der Kampf gegen die Formierung der Hochschule als Teil des Kampfes gegen das kapitalistische System kann also weder durch illusio-nistische "Mitbestimmung" in Gre-mien oder moralische Appelle an die Regierung (Spartakus), noch durch parlamentarische Interventionen (BSU) geführt werden. Studentische Forderungen kön-

nen nicht von einer Handvoll Funktionäre, sondern nur im Kampf der Masse der Studenten durchgesetzt werden. Unser Kampf muß daher dort ansetzen, wo sich die Hochschulformierung für die Studenten konkretisiert: am Studienplatz.

Hauptsächliches Ziel unserer Arbeit ist es nicht, "progressive" Reformen durchzusetzen, die die Hochschulformierung in einem "annehmbareren Gewand" erscheinen lassen, ohne ihre Bedingungen und Inhalte tatsächlich zu verändern; unser Ziel ist es vielmehr, einem großen Teil der Studenten den Klassencharakter unserer Gesellschaft, konkretisiert am Widerzwischen Lohnarbeit und Kapital, bewußt zu machen.



D. h.: Aufgabe von Fachschaftsarbeit ist das Aufzeigen der Zusammenhänge und Zwänge des kapitalistischen Systems, wie sie sich im Bildungssektor allgemein und auf Fachschafts- und Abteilungsebene im besonderen konkretisieren, mit dem Ziel, die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der revolutionären Überwindung des kapitalistischen Systems aufzuzeigen und möglichst viele Studenten in die aktive politische Arbeit einzu-

Fachschaftsarbeit darf nicht stehen bleiben bei einem notwendigerweise reformistischen Kampf für durchsetzbare studentische Interessen am Arbeitsplatz. Das Erreichen partieller Verbesserungen das Durchsetzen von Reformen im Lehr- und Studienbetrieb - von Spartakus stets als wesentliche Etappenziele auf dem mühevollen Weg der schrittweisen Zurückdrängung der Monopole gefeiert - sind für uns nicht Ziel, sondern Mittel im politischen Kampf. Sie dienen zur Absicherung von Basisaktivitäten und verbessern unsere Arbeitsmöglichkeiten in den Abtei-

Um wirksame Fachschaftspolitik mit sozialistischer Zielsetzung leisten zu können, muß man die kon-kreten Interessen der Studenten aufgreifen. Politische Einsicht kann nicht allein durch Theorie vermittelt werden. Politische Zusammenhänge müssen vielmehr in einem Erfahrungsprozeß, d. h. in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den konkreten Bedingungen am Arbeitsplatz, erkannt und bewußt

werden. Für Studenten ergibt sich daraus die Notwendigkeit der Arbeit in den Fachschaften. Wichtig ist, daß auch in der konkreten Arbeit der politische Bezug und die politische Perspektive von Fachschaftsarbeit stets bewußt ist und vermittelt

Zwei Fachschaftsreferate

Der AStA hat aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen der Fachschafts-

senschaftlichen Bereich zwei Fachschaftsreferate eingerichtet.

Der Unterschied zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, der teilweise unterschiedliche Ansätze in der Fachschaftsarbeit bedingt, hat - grob skizziert - folgende Ursachen:

1. Die Studienbedingungen sind verschieden. Während im naturwissenschaftlichen Bereich aufgrund detaillierter und straffer Studienpläne, harter Prüfungsordnungen und anderer Arbeitsformen (Praktika etc.) ein immenser Arbeitsauf-wand verlangt wird und ständiger Leistungsdruck herrscht, sind die meisten Studiengänge im geisteswissenschaftlichen Bereich weniger straff organisiert und erlauben es den Studenten eher, das Studium den eigenen Bedürfnissen entsprechend einzurichten und auch den Arbeitsaufwand den eigenen Vorstellungen anzupassen. Eine Ausnahme bilden hier allerdings die Wirtschaftswissenschaftler.



Eva Adameit

2. Das Studienobjekt der Geisteswissenschaftler ist ein anderes als das der Naturwissenschaftler. Bei den Naturwissenschaftlern erzeugt das Objekt Materie die Illusion, abstrakten Wahrheiten nachzulaufen, d.h. die Naturwissenschaftler gehen von der Illusion der Objektivität ihres Studiums aus. Während hier der Pferdefuß bei der Anwendung der Ergebnisse und Auswahl des Forschungsobjekts liegt, spielt bei den Geisteswissenschaftlern der Ideologiecharakter des Studienobjektes eine zentrale Rolle. Aufgrund klassenspezifischer Voraussetzungen werden klassenspezifische Ergebnisse erzielt.

Diese Unterschiede zwischen Geistes- und Naturwissenschaften machen unterschiedliche Ansätze in der Fachschaftsarbeit notwendig. Ziele und Aufgaben sind in beiden Bereichen jedoch grundsätzlich gleich, ihre spezifische Ausprägung erfahren sie erst in der konkreten Anwendung. Im folgenden werden daher diese Unterschiede nicht eigens berücksichtigt.

#### Konkrete Aufgaben der Fachschaftsarbeit

Ansatzpunkt für sozialistische Fachschaftsarbeit ist die Analyse der Studiensituation unter den Bedingungen der fortschreitenden und sich jetzt zunehmend konkretisierenden Formierung der Hochschule und des Studiums im Interesse des Kapitals, die Analyse der Berufsperspektive und der späteren Funktion im Beruf und die Kriik der burgerlichen Wissenschaft

Daneben darf die Funktion der Fachschaften als Selbsthilfeorganisationen für die Studierenden, die Verbesserungen im Studienbetrieb durchsetzen (z. B. die Verpflichtung für alle Lehrenden, Skripte herauszugeben) und auch individuelle Hilfe zu leisten (z. B. Studienbe-ratung), nicht vergessen oder vernachlässigt werden.

Für eine sozialistische Fach-schaftsarbeit stellen sich im einzel-

nen folgende Aufgaben: 1. Kampf für die Verbesserung von Lehrformen aufgrund einer Kritik der von den Lehrenden praktizierten bzw. nicht vorhandenen Didaktik, aufgrund einer Analyse der Funktion von Vorlesungen und der Kritik der augenblicklichen Vorlesungspraxis, aufgrund einer umfassenden Seminar-

2. Analyse' der Studieninhalte und der Studienziele, Kritik der bürgerlichen Wissenschaft: d. h. der Lehrinhalte, die die Klassenherrschaft übertünchen und somit sta-bilisiern oder den gesellschaftlichen Zusammenhang bewußt tot-

3. Analyse und Vermittlung der staatlichen Studienreformbestrebungen, wie sie sich in ihrer Anwendung auf die einzelnen Abteilungen und Studiengänge für alle Studenten konkretisieren.



Renate Zimmermann-Eisel

fungsdrucks: Kollektives Erarbeiten des examensnötigen Stoffes, woraus sich

a) zeitliche Arbeitskapazität für das Sozialistische Studium,

b) eine tendenzielle Überwindung der Vereinzelung und der damit verbundenen psychischen Schwierigkeiten,

c) die Möglichkeit der Reflexion des Stoffes in der Diskussion ergeben.

Weiterhin sollen durch massiven Druck der solidarisch handelnden Studenten Übungs- und Seminarbedingungen verbessert werden.

Darüber hinaus gilt es, Prüfungsordnungen zu unterlaufen, eigene Prüfungsordnungen durchzusetzen (hier haben der Kampf für paritä-tische Abteilungssatzungen und die Unikommission für Lehre eine politische Funktion).

5. Vermittlung des möglichen Scheiterns solcher Versuche in ihrem politischen Bezug: das Aufzeigen der objektiven, durch das Ka-

pitalverwertungsinteresse be-stimmten Grenzen der Durchsetz-barkeit studentischer Forderungen und die dabei notwendig entstehenden Konflikte müssen praktisch gewendet werden und zur Bildung sozialistischen Bewußtseins beitra-

6. Aufbau Sozialistischer Studiengänge: d. h. an den Abteilungen wird in Arbeitskreisen, Tutorien etc. über die Kritik der bürgerlichen Ideologie hinaus an Fragen gearbeitet, die für das Bündnis mit der Arbeiterschaft in kommenden Klassenauseinandersetzungen relevant sind und den Studenten auch über seine Studienzeit hinaus befähigen, eine Unterstützungsfunktion für das Proletariat einzunehmen (so können z. B. Juristen Fragen des Arbeitsrechts und des Mietrechts aufarbeiten, anstatt etwa detailliert am Aktienrecht oder Handelsrecht zu arbeiten). Sozialistische Studiengänge müssen in den einzelnen Abteilungen fachspezifisch aufgebaut werden.

8. Aufbau von Arbeitsgruppen, die die Berufsperspektive der Studenten in der jeweiligen Abteilung analysieren. Diese Gruppen haben folgende Aufgaben:

a) Vermittlung der objektiven Funktion der wissenschaftlichen Intelligenz entsprechend ihrer je-weiligen Qualifikation und Stellung im Beruf:

b) Aufzeigen und möglichen konkreten Handlungsanweisungen in der beruflichen Tätigkeit zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse;

c) Entwicklung von Organisationsmodellen, die es Sozialisten nach dem Verlassen der Hochschule ermöglichen, den Kontakt unterein-ander zu wahren und die praktisch revolutionäre Arbeit kollektiv voranzutreiben.

Aufgabe des AStA ist es, diese Arbeit in den Fachschaften anzuregen, zu koordinieren, zu begleiten und finanzielle und organisatorische Schützenhilfe zu leisten. Dabei muß der AStA die unterschied-liche Situation in den einzelnen Fachschaften berücksichtigen.

#### Organisatorische Notwendigkeiten

Voraussetzung für eine wirksame

2. Zusammenarbeit mit den Assistenten, möglichst auch mit dem nichtwissenschaftlichen Personal,

zen mit thematischem Schwerspezifisch vorzubereiten und durchzuführen.

Als es dem Kapital darum ging, restliche feudale Strukturen zu be-seitigen, spannten die Technokraten Teile der Studentenbewegung vor ihre Karre mit dem Zugeständnis der Mitbestimmungsgremien.

Nachdem wegen der notwendig zentralisierten Planung und Verwaltung die Selbstverwaltung und damit die Funktion der Grmien eingeschränkt wurde, lernte das Kapital die angenehmen Seiten der "Mitbestimmungs"-Gremien kennen. Sie geben ein eingegrenztes Feld für eine "demokratische" Tummelwiese ab und bedeuten Bindung und Integration fort-schrittlicher Studenten die isoliert von den studentischen Massen im wesentlichen Probleme ausmau-

Bernd Bekemeier

Fachschaftspolitik sind:

1. Der Aufbau bzw. die Konsolidierung von Arbeitsgruppen in den Abteilungen, die die Fachschaftsarbeit unterstützen und den politischen Bezug wahren. Diese Arbeitsgruppen müssen allen Studenten

auf Abteilungsebene.

3. Verbesserung des Kontakts und des Informationsflusses zwischen AStA und Fachschaften und der Fachschaften untereinander.

4. Fachschaftsvertreterkonferenpunkt, um zentrale Aktionen fach-

### Gremienpolitik

Ein weiteres positives Element (für das Kapital natürlich) liegt darin, daß Konflikte bei administrativen Maßnahmen vermieden werden durch Abklopfen der neuralgischen Punkte. Unter gewissen Voraussetzungen ist es jedoch denkbar, daß die Studenten ein Gremi-um, das ursprünglich die Funktion hat, sie politisch abzuwiegeln, für ihre Interessen nutzbar machen können. Dann nämlich, wenn eine starke Massenbewegung besteht, die in der Lage ist, die Forderungen der Vertreter in den Gremien mit allen Druckmitteln zu unter-



**NUR NOCH VON 19 BIS 1 UHR GEOFFNET** hinter der alten Mensa - ohne Ruhetag -

LETZTER TERMIN für die Rückmeldung: Freitag, 22. Oktober 1971

15.59 Uhr JB 02 Universitätssekretariat

Fachschaftsvollversammlungen

erst im November

Wegen des Vorlesungsbeginns für Studienanfänger am

2. 11. finden die Fachschaftsvollversammlungen, in de-

nen neue Fachschaftsräte bzw. -vorstände gewählt wer-

Die AStA-Mitglieder werden zu den einzelnen Vollver-

sammlungen kommen. Gebt daher die genauen Termine

DER RUB-PUB HAT AB SOFORT

(fast)-Einheitspreis: 50 Pfennig

— wenn diese Bewegung stark genug ist, ihre Vertreter hinreichend zu kontrollieren,

den, erst im November statt.

beim AStA an!

- wenn die politische Willensbildung innerhalb der Studentenschaft weit genug fortgeschritten ist, so daß nicht eine Delegation der po-litischen Entscheidungen an die einzelnen Gremienfunktionäre erfolgt, sondern lediglich eine Ausführung der an der Basis gefaßten Beschlüsse

- und wenn vor allem eine starke einheitliche revolutionäre Führung der Studentenmassen existiert, die in der Lage ist, dem Kampf die revolutionäre Perspektive zu zeigen.

Letztendlich kann gesagt werden, daß eine Arbeit in Gremien nur dann sinnvoll sein kann, wenn die durch starken Druck der Studenten errungenen Positionen als Voraussetzung juristisch für inhaltliche Arbeit abgesichert werden können und wenn sich die Politik bezüglich der einzelnen Gremien nach der jeweiligen Kampfsituation bestimmt.

### Informationspolitik

Die Informationspolitik ist wichtigstes Mittel der sozialistischen Bewußtseinsbildung. Informationen vermittelt der AStA durch

- Flugblätter

Materialzusammenstellungen
 die Bochumer Studenten Zeitung

- Teach-ins und – über die Fachschaften.

Die Aufgabe von Informationspo-litik besteht darin, anhand konkreter Beispiele die Widersprüchlich-keit des kapitalistischen Systems darzustellen und Ansätze zu seiner Überwindung zu vermitteln. Darüber hinaus werden theoretische Probleme dargelegt und zur Diskussion gestellt.

Regelmäßig alle 14 Tage im Semester erscheint die BSZ. Ihre Aufgabe ist es, neben der Vermittlung universitären und überhaupt hochschulpolitischen Geschehens auch eine Anti-Publizität gegenüber der bürgerlichen Presse aufzubauen,

soweit das von unseren Informationsquellen her möglich ist. Des weiteren sollen auch außeruniversitäre Gruppen (z. B. Schüler- und Lehrlingsgruppen) die Möglichkeit haben, sich dort zu artikulieren. Ein kleiner Teil der BSZ ist für die theoretische Diskussion vorgesehen.



Die Leserschaft kann jederzeit Beiträge an die Redaktion einreichen. Im großen und ganzen muß die

BSZ ein Massenblatt sein. Auf Flugblättern äußert sich der AStA zu Einzelproblemen. In Materialzusammenstellungen wie Dokumentationen etc. wird ein Problem bzw. ein Problemkomplex etwas detaillierter dargestellt bzw. kommentiert. Die nächste Veröffentlichung des AStA dieser Art wird sich aus Anlaß der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes mit der Bildungsplanung befassen.

Teach-ins haben zum einen die Funktion der Informationsvermittlung, zum anderen sollen sie den politischen Hochschulgruppen und einzelnen Studenten zur Artikulation und Vermittlung ihres politischen Standpunktes dienen und verhindern, daß der AStA sich zu sehr von seiner Basis entfremdet. Hauptsache ist, daß allen alles

# Universitäts-Satzung

Alle Gruppen dieser Universität täten gut daran, diese Verfassung bald zu vergessen. Jene Verfassung wurde von Ex-Rektor Biedenkopf konzipiert, nicht so sehr um demokratische Reformen durchzuführen, sondern vielmehr um eine Landesregierung zu brüskieren und ihr klar zu machen, daß er viel eher in der Lage sei, Reformen durchzuführen. Die Studenten waren auf seinen Trick hereingefallen, weil sie glaubten, sich damit gegen das Hochschulgesetz wehren zu können. Ein schwerwiegender Fehler! Um so notwendiger ist es, sich diesen Fehler vor Augen zu halten, bevor man noch einmal eine Verfassung verabschiedet, die genauso schlecht ist.

einer Universitätsverfassung sind. Sie kann nur den Raum ausfüllen, den die staatliche Gesetzgebung ihr läßt. Dieser Raum wird immer geringer. Eine Verfassung kann weder der Universität noch ihren Mitgliedern irgendwelche Freiheitsrechte garantieren. Es ist daher illusorisch, dort den freien Zugang zur Hochschule oder die Autonomie der. Universität garantieren zu wollen. Solche Bestimmungen haben nie eine Chance, genehmigt zu werden. Sie dienen daher primär dazu, nur Illusionen zu erzeugen und die einzelnen Mitglieder williger zu machen, einer auch noch so schlechten Satzung zuzustimmen. Die alte Verfassung wurde schließlich nur teilweise genehmigt. Dabei wurden gerade die positiven Regelungen genehmigt und die negativen bei-

Des weiteren ist die Universität kein Staat im Staate. Die wichtig-sten Entscheidungen werden nicht in der Universität getroffen, sondern im Wissenschaftsministerium. Daher ist es ein Irrtum, zu glauben, daß man bereits sein Ziel erreicht hat, wenn man ein einigermaßen demokratisches Grundorgan (Universitätsparlament, Konvent) geschaffen hat. Die bisherige Ge-schichte des Bochumer Universitätsparlaments hat eindeutig gezeigt, daß es nicht in der Lage ist, wichtige Entscheidungen zu treffen.

Solche Grundorgane sind nur Spielwiesen, auf der demokratie-gläubige Studenten, Assistenten und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter sich austoben können. Man will sie damit voll beschäftigen, um sie daran zu hindern, zu Aktionen zu schreiten. Sie dienen nur zur Il- den.

Es gilt daher, sofort zu erkennen, lusionierung und Desorientierung wie begrenzt die Möglichkeiten der demokratischen Kräfte. Daher können wir auf solch ein Organ gern verzichten.

Die Verabschiedung einer Universitätssatzung kann also nur einen Sinn haben, wenn ein Einfluß auf die Organe gesichert wird, die momentan jedenfalls — noch einige relevante Entscheidungen treffen. Das sind die Abteilungsorgane, der Senat und die Universitätsspitze.

Die Abteilungsorgane sind zur Zeit noch die Organe, in denen die meisten Entscheidungen fallen, die für Studenten und Assistenten wichtig sind. Hier werden Studienordnungen und zum Teil Prüfungsordnungen verabschiedet. In ihnen wird über Berufungen und über Lehrveranstaltungen entschieden. Sie können auch am ehesten studentischem Druck ausgesetzt werden. Daher müssen hier zunächst die Einflußmöglichkeiten der demokratischen und sozialistischen Kräfte gesichert werden. Deshalb muß primär die Abteilungsorganisation in der neuen Universitätssatzung geregelt werden.

In der Biedenkopf-Verfassung hatte man diesen Punkt bewußt ausgeklammert. Ihre Regelung wurde Abteilungsversammlungen überlassen, die von ihrer Struktur her nie zur Verabschiedung einer demokratischen Abteilungssatzung kommen konnten. So konnten die Zustände in den Abteilungen dahinwuchern, ohne daß man eine Chance hatte, sie unter Kontrolle zu bringen. Als abschreckendes Beispiel kann man die Inzucht in der Personalpolitik in der Abteilung VIII nennen. Deshalb müssen Abteilungssatzungen bereits in der Universitätssatzung geregelt wer-



gen Verfassung das eigentliche Machtorgan der Universität. Er dürfte auch unter der neuen Satzung einen entscheidenden Einfluß haben. Eine Entmachtung könnte höchstens zugunsten der Universitätsspitze stattfinden. Eine Schwächung seines Einflusses zugunsten des Grundorgans (Konvent, Universitätsparlament) ist illusorisch. Daher soll man sich keinen Sand in die Augen streuen lassen. Ohne eine starke Beteiligung von Assistenten und Studenten im Senat, sind alle anderen Versuche der Einflußnahme sinnlos. Daher muß die studentische Zustimmung von diesem Einfluß abhängig gemacht wer-

Die Universitätsspitze, die bisher vom Rektorat repräsentiert wurde, dürfte ihren Einfluß unter einer neuen Satzung noch weiter verstär- sprechen. Es gibt keine Alternative.

ken. Daher wird eine Verselbständigung unvermeidlich sein. Es bleibt nur die Möglichkeit, daß jemand dorthin gewählt wird, der bereit ist, im Sinne der demokratischen Kräfte zu handeln. Da sich ein Hochschullehrer wohl nur zu diesem Amt bereit erklären würde, wenn er das Plazet der Dozentenschaft hat, käme dafür wohl nur ein Assistent in Frage. Er kann aber nur dann an die Spitze gewählt werden, wenn eine Präsidialsatzung geschaffen wird. Aber auch darauf soll man keine allzu großen Erwar-tungen setzen. Die Ministerialbürokratie wird darauf bedacht sein, daß niemand Präsident wird, der sich bereits im Sinne der Linken engagiert hat.

Weiterhin zeigen Kampagnen gegen Kreibich, van de Vring und andere, daß man durchaus Mittel hat, Leute gefügig zu machen. In chum ist man mit diesen Mitteln besonders erfolgreich. Zweimal glaubte man einen progressiven Mann für die Hochschulpolitik gefunden zu haben. Man wählte ihn zum Vorsitzenden des Universitätsparlaments.

Der erste, Saß, scheute sich nicht, dem Ministerium als Staatskommissar zu dienen, um seinen Einfluß auf die Universität zu verstärken. Der zweite, Gralher, avancierte bald zur rechten Hand Faillards und gebärdete sich im Universitätsparlament machtlüsterner als sein Herr und Meister es je gewagt hätte. Daher sind die Hoffnung, daß wir einen demokratischen Assistenten als Präsidenten bekommen, der seine Herkunft nicht allzu schnell vergißt, nicht allzu hoch anzusetzen. Dennoch sollte man sich entschie-den für eine Präsidialsatzung aus-

## Homosexualität und Gesellschaft oder Homos über Homosexualität (I)

Die Homosexuelle Aktionsgruppe Bochum, trotzig beharrend auf ihrer Homosexualität gegenüber allen Bemühungen, sie zur Homophilie zu überreden, ist endlich und endgültig aus ihrer ideologischen Meditation erwacht und aktiv geworden. (Fast) jeder an der RUB Neuimmatrikulierte bekam von einem unserer attraktiven Gruppenmitglieder ein Stück Papier in die Hand gedrückt, auf dem ein paar Beispiele öffentlicher Meinungsmache und pseudowissenschaftlicher Honorarschläue aufgeführt sind, die zeigen, wie fragwürdig die soziale Einstellung mancher Soziologen, wie faschistisch alte Faschisten und wie (wenig) erfinderisch Psychotherapeuten bei der Sicherung ihrer Anteile am Neurosenmarkt sein können. Homosex ist eben vielseitig verwendbar.

Die Aktualität der Zitate schreckt uns heute nicht mehr. Wir betrachten sie als eine Bestätigung unseres Konzeptes und werden nicht vor dem Mittel der Polemik und des längst fälligen Rufmordes zurückschrecken, wo wir uns mit dem Prügelinstrument einer überheblichen, selbstgefälligen Privilegiertenethik bearbeitet fühlen. Was zum Beispiel SCHELSKY bzw. BÜRGER-PRINZ über Homosexualität (oder etwas so Abartiges wie Masturbation) geschrieben haben ist einfach widerlich, zu verklemmt und zu muffig, um noch Apologeten unter denen zu finden, die wir ansprechen wollen, egal, ob homooder hetero- oder sonstwie sexuell.

Die HAG hat in den letzten Wochen eine gesellschaftspolitische Zielsetzung erarbeitet, die stück-chenweise in der BSZ erscheinen soll. Wir fangen an mit den theoretischen Voraussetzungen, über die wir uns klar werden mußten:

#### HAG

Die HAG ist eine Gruppe vorwiegend, aber nicht notwendig homosexueller Studenten und auch Nichtstudenten (d. h. eine in jeder Hinsicht offene Gruppe), die mit ihrer organisierten Arbeit das Ziel verfolgt, einen Beitrag zur Emanzipation einer Minderheit zu lei-sten. Dabei geht die Gruppe von der derzeitigen Situation dieser (homosexuellen) Minderheit aus.

Die Mitglieder der Gruppe sind sich darüber im klaren, daß ein Verständnis der Situation des Homosexuellen in der derzeitigen Gesellschaft nicht ohne eine einge hende Analyse der gesellschaftli-chen Gesamtsituation möglich ist Das homosexuelle Problem gehört in den größeren Zusammenhang des Minoritätenproblems der westlichen Gesellschaften.

#### Spezifität des homosexuellen Problems'

einzelne Homosexuelle ist Mitglied einer subkulturell organisierten Minderheit, die z. T. eigene Sozialisierungsmechanismen ent-wickelt hat, z. T. auch die Sozialisierungsmechanismen der Gesellschaft ergänzt, modifiziert oder auch hemmt. Wie jeder andere Mensch auch befindet sich der ein-zelne Homosexuelle in einem Feld von sozialen Faktoren, von denen er abhängig ist. Seine Situation unterscheidet sich jedoch in mancher Hinsicht von der Situation eines Heterosexuellen in etwa gleicher sozialer Position.

Die Mitglieder der HAG sind der Auffassung, daß diese Unterschiede der Abhängigkeits- und Unterdrückungssituation des Homosexuellen gegenüber der des Heterosexuellen zu einer gesonderten Behandlung der gesellschaftlichen Problematik des Homosexuellen berechtigen. Eine eingehende Analyse der sozialen Situation des "Durchschnittshomosexuellen" der BRD steht noch aus. Immerhin haben die Mitglieder einer HAG-Projektgruppe einiges Material zusammentragen können, das als Voraussetzung für gezieltes Arbeiten notwendig ist.

Die HAG geht davon aus, daß die Situation des "Durchschnittshomo-sexuellen" in der BRD in vielerlei Hinsicht änderungsbedürftig ist. Daß dies für die Situation des "Durchschnittshomosexuellen" auch gilt, ändert nichts an der Spezifität des homosexuellen Problems. Al-lerdings ist völlig klar, daß einige Probleme des Homosexuellen mit den Problemen anderer Minoritäten (z. B. denen der übrigen Unverheirateten in der BRD) identisch

#### Konkreta der Situation des Homosexuellen

Die Mitglieder der HAG haben sich bemüht, einen ersten Überblick über die Schädigungen, die Homosexuelle in der derzeitigen Gesellschaft erleiden können, zu bekommen. Einige von diesen Charakteristika der psychischen und sozialen Ausnahmesituationen des Homosexuellen müssen an dieser Stelle aufgezählt werden.

### Partnersuche

Viele Homosexuelle werden aufgrund der Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, einen Partner in ihre vertraute Umgebung einzuführen (Kollegenkreis, Elternhaus usw.), zu einer Verstümmelung ihrer personalen Beziehungen zwungen. Sich mit dem Partner treffen, bedeutet, sich in eine Ausnahmesituation begeben, die nur zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten herbeigeführt werden kann. Das gilt natürlich auch für (besonders jugendliche) Heterosexuelle. Jedoch ist hier die Chance einer Integrierung des Partners in den eigenen Lebens- und Erfahrungsbereich in den meisten Fällen

#### Identifikation

Ein besoonders schwerwiegendes Problem ist die Einsamkeit und Hilflosigkeit des Homosexuellen während seiner Identifikationsphase. Die Möglichkeit, hier durch ra-tionale Prozesse zur Erhaltung des Selbstwertgefühls und zur Wiedergewinnung der inneren Stabilität zu gelangen, wird durch die derzeit bestehenden Subkulturinstitutionen in keiner Weise geboten. Im Gegenteil, wer Homosexualität in einer ihrer sozialen Manifestationen, den einschlägigen Bars oder Klappen kennenlernt, wird, statt zur Identifikation zu finden, einen schmerzhaft empfundenen Anpassungszwang erleben, dem er vielfach nicht entkommen kann. Man-gels entsprechender Information (die bereits das heranwachsende Kind erhalten müßte) wird ein einseitiges Modell homosexueller Wirklichkeit für das einzig mögliche ge-halten und kritiklos hingenommen.

Musterbeispiel für solche Anpassung ans "Milieu" ist "das Trien-chen" (verschüchterter männlicher

und sichtbar auf das Glück seines Lebens wartet. Das Trienchen will im geheimsten Inneren seines Herzens etwas, das es nie erleben kann etwas Grundanständiges: die Ehe. Die Ehe, die Assimilierung, die gute, die genehmigte, die verbriefte, die legale, die solide Form der Partnerschaft, die Geborgenheit, die aufseufzende Behaglichkeit im Schutze einer männlichen Autorität, die für es denkt und ihm die Mühe abnimmt, einen Willen zu

Es ist eben tatsächlich so, daß die Treffpunkte Homosexueller eine Art Sozialisierungsmonopol für die neu Hinzukommenden hinsichtlich Partnerverhaltens, ihrer einschätzung, ihres Verhal-Selbsteinschätzung, ihres Verhaltens "draußen" haben. Es besteht für viele ein Rollenzwang, der ihnen keine Chance läßt, zu einer individuellen und absolut bejahten Form sexuell fundierter Beziehungen zu finden.

#### Kommunikation

Eine weitere . Eigentiimlichkeit

kel irgendeiner Plüschbar rumsteht I das bereits in der pubertären und nachpubertären Phase erlebt wird. Voraussetzung für Kommunikation ist oft genug angepaßtes Verhalten. Homosexuelle verhalten sich aber in entscheidenden Situationen anders als Heterosexuelle. Dieses andere, nicht angepaßte Verhalten wirkt sich einschränkend auf die Kommunikations- und Kontaktmöglichkeiten aus. Es fehlt oft die Beziehung zu einer Vertrauensperson (ein Teil der Post, die von der HAG beantwortet wird, beweist dies in einer manchmal erschütternden Weise). Die Folge ist die Entwicklung eines allgemeinen Mißtrauens anderen Menschen gegenüber. Konkrete pathologische Folgeerscheinungen, wie z. B. Sprechangst, verursachen häufig weitere Einbußen an Kontaktfähigkeit.

#### "Persönlichkeit"

Eine allgemeine Richtungs-, Zielund Planlosigkeit des Verhaltens, die viele Homosexuelle charakteri-Homosexueller), das mit großen vieler Biographien von Homosexu- sieren, sind die deutlichen Folgen schränkt und ritualisiert, weil ein feuchten Augen im schwulen Dun- ellen ist das Außenseiterschicksal, der erschwerten Selbstfindung, des bestimmter Ausschnitt aus dem

mangelnden Selbstvertrauens, der | exemplarischen Erfahrungen anläßlich zunächst noch mit einem gewissen Besitz an Illusionen angestrebter Partnerbeziehungen. (Man hat zusammen Sex gemacht, der eine denkt an Liebe und handelt eine Verabredung aus, um, wenn es soweit ist, einen Abend umsonst zu warten.) Diese allgemeine Richtungslosigkeit wird schließlich auch im sexuellen Bereich etabliert (oft unter bewußter Zerstörung von zärtlichen Gefühlen) - Dauerkontakt zu einem anderen Menschen, vor der Umwelt geheimgehalten, belastet von angelerntem und immer wieder bestätigtem Mißtrauen: das ist eine Leistung, die man von einer derart verunsicherten Person kaum erwarten kann.

Die vielzitierte und immer wieder geschmähte Neigung des Homo-"hemmungslosen sexuellen zur Promiskuität" ist wohl eine der möglichen Verhaltensweisen in dieser Situation. Ob dieser Ausweg jedoch in dem oft unterstellten Umfang beschritten wird, ist allerdings zu bezweifeln.

Die meisten Homosexuellen werden zum Aufbau eines ausschließlich homosexuellen Freundeskreises neben einem zweiten ausschließlich heterosexuellen gezwungen, d. h. menschliche Bindungen, die völlig unabhängig sind, basieren von Sexualität im engeren Sinn auf der völlig irrelevanten Gemeinsamkeit der sexuellen Triebrichtung. Andere Kontakte werden be-

eigenen Leben von zahlreichen Kontaktpersonen ferngehalten werden muß.

#### Repression und Anpasung

Schuldgefühle, die der Homose-xuelle anläßlich laufender Verstöße gegen die bestehende Gesellschaftsnorm und Sexualmoral entwickelt, werden oft durch Überanpassung in anderen Bereichen kompensiert. Homosexualität kann auf diese Weise Untertanengeist und allgemeine Autoritätshörigkeit erzeugen Repressionsmechanismen (Lächerlichmachen, Sichselbststark-machen), die den Homosexuellen ständig drohen, werden übernom-men und innerhalb der eigenen Minderheit installiert. Ein ebenso interessantes wie bedauerliches Phä-nomen ist die Diskriminierung homosexueller Randgruppen durch Homosexuelle. Die Rolle, die man selbst in der Gesellschaft spielt, wird diesen Randgruppen aufgezwungen. Tunten und Stricher sind Zielscheibe des Spottes, bzw. der Kriminalisierung, die man selbst von der Gesellschaft zu erfahren fürchtet.

Der Homosexuelle wird vom System mit einer Instanz in seinem Gehirn ausgestattet, die ihn ständig dazu auffordert, sich zu verstellen. Kontaktaufnahme zu attraktiven Partnern außerhalb der bestehenden Subkulturinstitutionen wird ungemein erschwert. Meist muß der Homosexuelle — aus äußeren und inneren Zwängen - seine Emotionen, die zur Kontaktaufnahme drängen, unterdrücken. Dieser ständige Zwang zur Verstellung und Selbstunterdrückung wirkt sich in hohem Maße schädigend auf sein gesamtes soziales Verhalten aus.

Fortsetzung auf Seite 6

## Linke Diskussion (II. Teil):

## Klassencharakter des Parlamentarismus

G. sieht sicher auch richtig, daß im Lauf der geschichtlichen Entwicklung die Arbeiterparteien in ihrem harten Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht dessen Bedeutung für die Arbeiterschaft überschätzt haben (S. 11). Gerade wenn man Demokratie nicht nur formal als das repräsentative Verhältnis von Regierung zum Volk auffaßt, sondern wirklich als Herrschaft des gesamten Volkes im Sinne einer Bestimmung der grundlegenden Fragen des Gemeinwesens durch alle Gruppen eines Staates<sup>14</sup>), bietet das parlamentarische System in der augenblicklichen Form in der Tat nicht die Möglichkeit einer echten Beteiligung aller an den Entscheidungen.

### **Bedeutungsschwund des Parlaments**

repräsentativen Demokratie zeigt sich nach G. am besten an dem Bedeutungswandel des Parlaments. Die parlamentarische Demokratie legitimiert sich allein dadurch, daß sie das Volk als eigentlich souverän ansieht und dieses qua Parlament die Gewalt im Staat innehat. Diese formale Konstruktion entspricht wie G. überzeugend nachweist nicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der BRD. "Verwaltung und Rechtsprechung spielen heute in der Verfassungswirklichkeit eine

größere Rolle als der Bundestag." (S. 19). G. zitiert die von Abendroth <sup>15</sup>) mitgeteilten Zahlen, die eindeutig auf einen Bedeutungsschwund des Parlaments hinweisen. So gingen im Dritten Bundestag nur 74 Gesetze auf Parlamentsinitiative, aber 348 auf Regierungsinitiative zurück. Da die Erfolgsquote der Ge-setzesentwürfe der Bundesregierung mit 84 Prozent weit über der für Entwürfe des Bundestages mit 37,7 Prozent liegt, ist es eine nur folgerichtige Erscheinung, daß sich z. B. der Bundesverband der Deutschen Industrie in den Jahren 1966/67 mit 84,5 Prozent seiner Eingaben an die Bundesministerien richtete<sup>16</sup>). Auch er hat also schon den Bedeutungsschwund des Parlaments erkannt. Ist somit das Parlament überwiegend nur noch ausführendes Organ der Regierung, indem es deren Vorstellungen Gesetzeskraft verleiht, so wird seine und damit auch die faktische Macht des Volkes zusätzlich durch das Erstarken der Verwaltung eingeschränkt, die sich im "Sozialstaat" immer mehr vom reinen Gesetzes-

Die Fragwürdigkeit des Systems stärkt, daß das Parlament "als Sachverständigengremium mehr mit der Bürokratie konkurrieren" kann (S. 20).

Aus dem Bedeutungsschwund des Parlaments leitet G. sein wesentliches Ergebnis ab: "Die Bürger entscheiden mit dem Stimmzettel nicht mehr über wesentliche politische Fragen. Sie bestimmen lediglich, von wem sie bis zu den nächsten Wahlen politische Dienstleistungen empfangen wollen." (S. 20) Da das Volk keinen nennenswerten Einfluß auf die Verwaltung hat, bedeutet das von G. festgestellte Ergebnis eine sich aus dem Machtverlust des Parlaments (als repräsentatives Organ der Volksgewalt) direkt ergebende Entmachtung des Volkes.

Ob dieser Entmachtung durch ein Modell der direkten Demokratie begegnet werden kann, untersucht G. im Kapitel 3 seines Buches (S. 32 ff.). Seiner Meinung nach würde ein rätedemokratisches Modell, wie z. B. das jugoslawische, eine Möglichkeit bieten, das Volk wirklich an der Macht im Staat zu beteiligen. Er nimmt auch an, daß sozialistische Produktionsverhältnisse vorausgesetzt - ein solches Modell funktioniert.

Der Depravierung der parlamentarischen Demokratie zum demo-autoritären System — wie G. die von ihm beschriebene Erscheinung nennt - stimmen die Massen nur deshalb zu, weil sie durch verlokkende Konsumangebote systematisch "von den eigentlichen politischen Problemen der Gegenwart: Völkermord, Atomrüstung, Befreiungskämpfe in der 3. Welt, überflüssige Unterdrückung allerorten, Bildungsnot usf." abgelenkt wurden und deshalb nicht erkannt haben, daß darin eine potentielle Bedrohung ihrer ökonomischen Inter-Verwaltung wird noch dadurch ver- essen liegt ,S. 21).

## Nichtöffentliche Entscheidungsprozesse

kratie verbundenen Probleme werden auch von Agnoli im Kapitel "Die Repräsentation der Herrschaft" genau untersucht. Er stellt die Frage, ob "diese Ohnmacht (des Volkes gegenüber dem Parlament; d. Verf.) nicht Bestandteil und Garantie des Machtsystems ist" (S. 55). A. bedient sich dabei des von Kelsen schon 1929 verwandten Begriffes der "Fiktion der Repräsentation" und kommt zu der These, daß das Parlament geschichtlich die "Fiktion der durch die Volksvertretung verwirklichten Volksfreiheit" (S. 55 f.) darstellt, weil im Parlament immer nur die Vertreter einer sehr kleinen Klasse — der Bourgeoisie — saßen. Für sie be-stand in der Tat eine Identität zwischen Regierenden und Regierten. während für die im Parlament nicht gesellschaftlichen vertretenen Gruppen immer nur die "Reprä-sentation der Herrschaft über andere" bedeutete (S. 56).

vollzug zur sog. "Leistungsverwaltung" wandelt. Die Verwaltung wird dabei selbst zum "Hersteller, Händler und Verteiler" (S. 19). Die

sich darin abzeichnende Abhängig-

keit des Parlaments auch von der

Die fortschreitende Bedeutungslosigkeit des Parlaments in der BRD fängt damit an, daß sich der eigentliche Entscheidungsprozeß nicht öffentlich abspielt. Auch wird das Parlament als ganzes nicht mehr an

Die mit der repräsentativen Demo-Gesetze und an der Aufarbeitung des Materials beteiligt. Dagegen findet eine "Symbiose der Parlamentsführung mit den Spitzen der Exekutivorgane" statt<sup>17</sup>) (S. 60), die "bis in die Führungsstäbe der Produktionssphäre hinein" verlängert wird. So betrachtet vertritt die Masse der Abgeordneten tatsächlich das Volk, nämlich indem sie "die Machtlosigkeit der Massen widerspiegeln" (S. 61). Die Macht des Par-laments ist somit nicht mehr die Macht des Volkes, sondern die Macht der Spitzencliquen des Staates: "Dem demos gegenüber ist das Parlament ein Transmissionsriemen der Entscheidungen politischer Oli-garchien" (S. 61). Es wird dadurch zum Exekutivorgan und repräsentiert nicht mehr das Volk, sondern die faktischen Träger der Herrschaft: die führenden Kreise der Produktionssphäre, der Kulturorganisationen (z. B. Kirche) und der gesellschaftlichen Organisationen (Verbände). Die Interessen der Repräsentierten werden mit den Interessen des Staates gleichgesetzt. Das Parlament vertritt also nun gegenüber dem gemeinen Staatsbürger den Staat; der Volksvertreter verwandelt sich in einen Staatsreden konkreten Vorbereitungen der präsentanten. Damit ist der Um-

schlag der Volksvertretung in Re- | A. spielt sich der Prozeß der Invopräsentation der Herrschaft vollzo-

Die Arbeiten von Agnoli und Gottschalch sind zwei brillante Beiträge zur Analayse des Parlamentarismus. Dabei stellt sich dessen repräsentativer Charakter als Sicherung der individuellen Freiheitsrechte des einzelnen gegenüber dem Staat (formal) und als Sicherung und Festigung der Privilegien der bürgerlichen Klasse (materiell) heraus. Hierin und auch in der Feststellung, daß das Parlament angesichts seiner Entmachtung (G.) bzw. Bedeutungswandels

lution in erster Linie im Parlament ab, das auch die Repräsentation der Herrschaft weniger übernimmt. Nach G. wird das Parlament zunehmend entmachtet; es findet eine Verlagerung der Machtausübung auf Verwaltung und Justiz statt.

Dieser Frage kann hier nicht weiter nachgegangen werden. Da aber sowohl im Parlament als auch in Justiz und Verwaltung in erster Linie die bourgeoisen Schichten vertreten sind, dürfte sich der Pro-zeß der Transformation oder Debzw. pravierung des demokratischen (A.) Systems auf allen drei Bereichen



nicht in der Lage ist, das Volk als | des Staates abspielen. Die Involuden eigentlichen Souverän zu vertreten, sind sich beide einig. Nicht ganz stimmen die Interpretationen bei der Frage überein, wo die involutiven Prozesse stattfinden, bei denen die Herrschaft weniger auf die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung projiziert wird und die eine wirkliche Vertretung des Volkes und eine emanzipatorische Entwicklung, die zu einem Abbau nicht legitimierter Herrschaftspositionen Rechtsprechung des Bundesverfasführen könnte, verhindern. Nach sungsgerichts verdeutlicht werden.

tion ist dabei schon so weit gedie-hen, daß nicht mehr nur der auf dem Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital beruhende materielle Gehalt der demokratischen Verfassung verschleiert bzw. verteidigt, sondern schon offen ihr formal-individual-schützender Rahmen reduziert wird. Das soll auch noch für den Bereich der Justiz an Hand einiger Beispiele aus der neueren

## Eingriffe in die Individualsphäre

verfassungsgerichts<sup>18</sup>) wird der Notstandsverfassung (also durch einen involutiven Akt von Regierung und Parlament) angeführte heimliche Eingriff in die Individualsphäre ohne gerichtliche Nachprüfung sanktioniert. Das Bundesverfassungsgericht meint, der durch eine Parlamentskommission gewährte Rechtsschutz sei dem

der Gerichte gleichwertig. Wenn man die bisherige Arbeit von Parlamentsausschüssen bei der Nachprüfung z. B. von Skandalaffä-

Im sog. "Abhörteil" des Bundes- | ren betrachtet, so ist hierin zunächst eine bezeichnende Charakterisierung der Gerichte durch das BVerfG zu sehen. Im übrigen wird ganz offen von einem wirklich fundamentalen Prinzip der formalstaatlichen Rechtsgarantien — der Möglichkeit der Nachprüfung jedes Eingriffs der Exekutive durch ein unabhängiges Gericht — abgerückt.

Ein beinahe ebenso wichtiges Ereignis in der Geschichte der Rückbildung des Verfassungsrechts und damit des demokratischen Systems war das Urteil des BVerfG im Fall

Paetsch<sup>19</sup>). Die Auffassung des BGH, daß ein Beamter auch dann zunächst die ihm nach der Organisation des demokratischen Staates zu Gebote stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen habe, bevor er sich an die Öffentlichkeit wendet, wenn er Kenntnis von einem Verfassungsverstoß eines Exekutivorgans habe, wird ausdrücklich gebilligt.

In den Urteilsgründen wird mit keinem Wort auf das Problem eingegangen, ob nicht die Verschwiegenheitspflicht in einem solchen Fall der sofortigen "Flucht" an die Öffentlichkeit deshalb nicht im Wege steht, weil das Volk als nach der Verfassung zumindest formal oberster Träger der Staatsgewalt zuerst einen Anspruch auf Unterrichtung von einem Verfassungs-verstoß der Exekutive hat<sup>20</sup>).

Das Verfassungsgericht hat auch nicht geprüft, ob die einschlägigen Bestimmungen der Beamtengesetze in einem solchen Fall nicht dem Grundgesetz entgegenstehen, weil sie von einem Beamten verlangen - wenn er Kenntnis von einem

Verfassungsverstoß der Exekutive hat — zunächst diese selbst in Form des Vorgesetzten davon in Kenntnis zu setzen! Interessant in diesem Zusam-

menhang ist auch die Begründung. mit der das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde eines Stabsunteroffiziers zurückgewiesen hat<sup>21</sup>). Der Offizier war disziplinarisch bestraft worden, weil er in einer Diskussion im Geschäftszimmer der Kompanie unter anderem geäußert hatte, in der BRD und in der Bundeswehr werde die freie Meinungsäußerung eingeschränkt22). Das VerfG meint u. a.: "Mit der provozierenden Behaup-tung, in der Bundesrepublik könne man seine Meinung nicht frei äußern, diffamiert der Beschwerdeführer die freiheitlich-demokratische Ordnung." Weiter: "Ein auf das Prinzip der streitbaren Demokratie begründetes Gemeinwesen kann es nicht dulden, daß seine freiheitliche Ordnung bei politischen Diskussionen innerhalb der Truppe und während des Dienstes von militärischen Vorgesetzten in Frage gestellt, geschweige denn bekämpft wird"<sup>23</sup>).

Wie das "Robenurteil"24) zeigt, scheut sich das BVerfG auch nicht, die "freiheitlich-demokratische Ordnung" unseres parlamentari-schen Systems, dessen Charakter in den Arbeiten von Gottschalch und Agnoli aufgezeigt wird, in an sich belanglosen Kleinigkeiten zu reduzieren.

Ihr gesellschaftspolitisches Korrelat zur Involution des parlamentarischen Systems in den drei Bereichen des gewaltenteiligen Staates findet die Transformation der Demokratie auf der gesellschaftlichen Ebene in Gründungen wie z. B. der "Aktion Widerstand" oder dem "Bund Freiheit der Wissenschaft"25).

aus: Rote Robe 1/71 Dietrich Harke, Heidelberg

11) Dazu Stojanovic, Kritik und Zukunft des Sozialismus, 1970, S. 98.
15) In: Antagonistische Gesellschaft und politische Soziologie, 1967, S. 41.
16) Jäggi a. a. O. S. 81.
17) "Die Führungsgremien der Fraktionen haben gemeinsamen Zugang zu den geheimdienstlichen Informationen" (S. 60).
18) Vgl. Pressemitteilung des BVerfG in NJW, S. 11, Heft 1/2 1971 und die abweichende Meinung der überstimmten Richter in: Spiegel 3/71, S. 31 ff.
19) NJW 1970, S. 1498 ff.
29) Vgl. Richard Schmid in: FR v. 10. 12. 1970, zu involutiven Tendenzen im Beamtenrecht, vgl. auch Härdle, Beamtenrecht und Streikrecht für Beamte in Rote Robe 1/70, S. 17 ff.; ders., Zur poii@chen Betätigung des Beamten in Rote Robe 2/70, S. 3 f.
21) NJW 1970, S. 1268 ff.
22) A. a. O. S. 1269.
23) Ebenda.
24) NJW 1970, S. 851.

Ebenda.

NJW 1970, S. 851.

Grundlegend zum Bund Freiheit der Wissenschaft: Niess, Das Rechtskartell an der Universität und die Zukunft der angepaßten Wissenschaft in: Das Argument Nr. 61, 1970, S. 716 ff. Vgl. auch die Zitate aus dem Gründungsaufruf in Rote Robe 4/70, S. 38.

# Das Fl in der Sackgasse

Das Fremdspracheninstitut (FI), Ausfluß assistentischer Reformbemühungen, kann nicht leben und nicht sterben. Am Leben hindert es die reaktionäre Professorenschaft, am Sterben hindern es die Assistenten, die es nicht verkraften zu können glauben, ihr langgehegtes Lieblingskind nun plötzlich fallen zu lassen.

Am 14. Juli beschloß das Universitätsparlament, das aus dem ehemaligen Sprachlabor entstandene Fremdspracheninstitut zu einer spracheninstitut zu einer für Struktur gebildeter Ausschuß Satzung bitten werden. Der Rek-Zentralen Einrichtung gemäß Art. 53 der RUB-Verfassung zu machen und es damit endgültig aus der Abteilung V herauszulösen, der es bisher noch angehört. Ein aus Vertre- stehen des FI schaffen sollte.

### Professoraler Kampf gegen das Fl

Doch die in unsere Verfassung lung als beschlußfassendes Organ eingebauten Fußangeln haben den und Halbparität für die Studenten Weg des FI zur Zentralen Einrichtung gestoppt. Der Senat, dessen Zustimmung bei der Errichtung Zentraler Einrichtungen verfassungsmäßig nötig ist, konnte sich in seiner letzten Sitzung nicht dazu durchringen, dem Errichtungsbe-schluß des UP vorbehaltlos zuzu-stimmen. Seine Versicherungen, er begrüßte das FI außerordentlich, sind nichts als Lippenbekenntnisse, denn im selben Atemzug konnten die Senatoren sich nicht enthalten, ihren schwerwiegenden Bedenken gegen die Satzung Ausdruck zu geben — die Satzung fällt übrigens gar nicht in den Kompetenzbereich des Senats.

Der professorale Kampf gegen das FI ging in der letzten Sitzung des UP-Hauptausschusses weiter, in der die Satzung des FI zur Verabschiedung vorlag. Prorektor Grosse als Vorsitzender des FI-Ausschusses, der die Satzung erarbeitet hatte, wahrte weder Anstand noch Neutralität, als er zur Satzung Stellung nehmen sollte: er trug vor, daß er trotz seines erbitterten Kampfes gegen diese Satzung (den man im wahrlich bestä-tigen kann!) ihre Verabschiedung im FI-Ausschuß nicht habe verhindern können. Hier ist anzumerken, daß von vier professoralen Ausschußmitgliedern nur einer (Figge) es für nötig hielt, sich an den Satzungsberatungen wirklich zu beteiligen. Die anderen bauten — mit Recht — auf höhere Instanzen.

Der Widerstand der Professoren im UP-Hauptausschuß gegen die FI-Satzung, die eine Vollversamm-

für Struktur gebildeter Ausschuß hatte zuvor eine Satzung für das Institut erarbeitet, die die Grundlage für das selbstverständige Be-

in den übrigen Gremien vorsieht, war zwar vergeblich: Trotz professoraler Auszugsdrohungen und anderer massiver Proteste wurde die Satzung verabschiedet.

Aber der Sieg wird letztlich auf seiten der Hochschullehrer sein: Hochschullehrerstellen im FI mehr

Rektor um rechtliche Prüfung der Satzung bitten werden. Der Rektor wird dieser Aufforderung mit Wonne nachkommen; das Ergebnis wird nicht anders aussehen als seinerzeit die "Prüfung" der UP-Wahlordnung, die mit ihrer Außerkraftsetzung endete. — Das Konzept einer Gremienpolitik, das nach den Worten ihrer Versechter progressive Veränderungen bewirken soll, feiert offensichtlich wieder Triumphe. -

Das Bild vom Tauziehen um das Fremdspracheninstitut rundet sich ab, wenn man erfährt, daß der Senat sich bei der Besetzung von

Derselbe Senat, der die obskuren Verhältnisse bei den Sozialwissenschaftlern dadurch sanktionierte, daß er der Weiterleitung der unter skurrilen Bedingungen entstande-nen Berufungsliste mit Herrn Landwehrmann zustimmte, lehnte vor den Ferien sämtliche Vorschläge für die Besetzung von Hoch-schullehrerstellen im FI rundweg In der letzten Senatssitzung be-

quemte er sich, zumindest bei zwei-en der drei Vorschläge seine Zu-stimmung zu erteilen — das Rektorat hatte damit gedroht, daß bei Nichtbesetzung von Hochschulleh-rerstellen die 3 Millionen aus der VW-Stiftung für im FI geplante Forschungsvorhaben flöten gingen.

Dem dritten Vorschlag — Den-ninghaus — fehlten zwei Stimmen; die Senatoren hatten wohl noch zu gut die Worte ihres Prorektors Kamke im Ohr, der Herrn Denninghaus einmal im Flur begegnet war und aufgrund dessen feststellte: "Das ist einfach kein Hochschul-

Die weitere Entwicklung des FI ist offen. Die Assistenten wollen alles daransetzen, die Satzung durchzuboxen und auch die Erneuerung von Denninghaus zu errei-Wenn der formale Rahmen geschaffen sei, sei die Voraussetzung gegeben für eine auch inhaltliche demokratische Entwicklung des FI — glauben die Assistenten. Aber gerade die inhaltliche Ent-

wicklung des FI ist entscheidend für seine Zukunft. Denn das FI führt nicht nur Forschungsprojekte durch, es soll auch einen Teil der Fremdsprachenlehrer - Ausbildung übernehmen. Hier liegt die Gefahr für die Studenten: Das Konzept des FI für die Fremdsprachenlehrerausbildung, das sog. "Bochumer Modell", sieht eine technokratische Ausbildung für künftige Fremdsprachenlehrer in 6 Semestern vor, die sich in nichts von den Vorstellungen des Wissenschaftsrates unterscheidet.

Wenn die Studenten auf die Fremdsprachenlehrer - Ausbildung Einfluß nehmen wollen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, in 6 Semestern zu unkritischen Fremdsprachenlehrern ausgebildet zu werden, deren Studium sich auf die reine Spracherlernung und Sprachvermittlung beschränkt, dann müssen sie aktiv Einfluß nehmen auf die Entwicklung des FI.



Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

schnell

preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM Herner Straße 107 Telefon 14336

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

## Dekan erbittet von Rau Zwischenprüfungsordnung

Mitten in den Ferien erfahren staunende Chemie-Fachschaftsmitglieder, daß sie zum Prodekan zu einer Besprechung (wichtig!) gebeten werden. Dort wird ihnen unterbreitet, daß zwei Wochen zuvor der Dekan, nachdem er sich wild bemüht habe. soviel Fakultätsmitglieder wie möglich zu erreichen, beschlossen habe, Düsseldorf um Erlaß einer Zwischenprüfungsordnung für Lehrerstudenten zu bitten.

Sinn: Die armen Lehrer können ihr Anrecht auf eine Prüfung nicht wahrnehmen, weil das Universi-tätsparlament seine Zustimmung zur Ordnung — wo sie doch so gut sei — nicht gegeben habe. Wo aber unter den Hochschullehrern eitle Freude herrscht, weil endlich eine Regelung in Aussicht ist, empfineinige Fachschaftsmitglieder dabei einen bitteren Beigeschmack:

1. Der Dekan ließ nur innerhalb der Universität telefonieren bzw. eine bekannte Nummer außerhalb anrufen, um auch studentische Stimmen zu hören. Schriftlich zu einer Besprechung einzuladen, hätte wahrscheinlich eine zu große Resonanz und damit verbundene Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung hervorgerufen.

2. Vor den Ferien wurde ein Antrag der Studenten, in den Ferien mit der Abteilungskommission zu tagen zwecks Erstellung einer ZPO, rundheraus abgelehnt, nicht einmal eine Terminprüfung veranlaßt. In der letzten Fakultätssitzung wurde das Begehren, den vorliegenden Kompromißvorschlag zu diskutieren, abgelehnt. Dies sei Sache der Kommission für Lehre und außerdem nicht so dringend, da bisher kein Student zur Prüfung an-

3. Das gesamte Ereignis reiht sich nahtlos in die Bestrebungen der Hochschullehrerschaft der Abteilung ein, zunächst verabschiedete,

Prodekan Bergmann dazu: "Der Dekan hat getan, was er konnte. Die Studenten müssen doch ge-prüft werden. Seien Sie froh, daß Sie überhaupt durch einen Ihrer Kommilitonen darüber informiert werden konnten! Drücken Sie doch mal ein Auge zu. Jeder kann mal etwas vergessen, der Dekan ist auch nur ein Mensch!"

Die Fachschaft meinte dazu, es könnten dann ja fürderhin der Einfachheit halber alle Entscheidungen in die Ferien verlegt werden, das sei doch sicherlich einfacher.

Fazit: Auch die Chemiestudenten müssen lernen, daß sie zwar Gremien haben und darin studentische Vertreter. Aber wenn es die Hochschullehrer oder Düsseldorf wollen, sind diese Gremien nur demokratische Mäntelchen. Die Chemiestudenten müssen einsehen, daß sie als direkt betroffene Gruppe ihren Willen durchsetzen muß: In den Gremien soll es versucht werden; wenn es dann nicht klappt, trotz Unterstützung aller Studenten, darf nicht resigniert werden: Dann muß die gesamte Studentenschaft zeigen, daß ihre Mittel noch nicht erschöpft sind, daß sie ihren Willen weiterhin durchsetzen will, entweder mit Streiks, Boykott o. ä.

Bis jetzt konnte schon erreicht werden, daß auch Studenten ohne Zwischenprüfung ins Hauptstudium gelangen. Fordert jetzt und drückt es durch, daß die bisher verschleppten Zwischenprüfungs- und Diplomprüfungsordnungen weiter diskutiert und endlich in akzeptab-

# von UKL und UP beanstandete Ordnungen zu verschleppen und Eilentscheidungen nötig zu machen. Diplomprüfungsordnungen we diskutiert und endlich in akzept ler Form verabschiedet werden!

Herrn Prof. Dr. Rainer Mackensen 1 Berlin / 7. Oktober 1971

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Mackensen!

Wie wir erfahren haben, werden Sie in Kürze einen Ruf auf den Lehrstuhl Soziologie III (Sozial-wissenschaftliche Methodenlehre) der Abteilung für Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum erhalten. Ursprünglich war Herr Landwehrmann, Bochum, für diesen Lehrstuhl "vorgesehen"; er hielt es jedoch nach massiver Intervention der Studenten der Ab-teilung VIII (Sozialwissenschaft) für klüger, sich nach Mainz abzusetzen. Dadurch rückten Sie auf der Berufungsliste nach (an deren Zusammenstellung bezeichnenderweise kein Student beteiligt war), was zur Folge hatte, daß Ihre wissenschaftliche Tätigkeit von uns genauer in Augenschein genommen

Das Ergebnis halten wir für we-

nig erfreulich. Ihre Verbindungen zu Herrn Papalekas, allen Studenten der Rhr-Universität als Faschist nur zu gut bekannt, sind leider offenkundig; dies beweist ihre Zusammenarbeit mit ihm an der Sozialforschungsstelle Dortmund. Daß Ihr Wissenschaftsverständnis mit dem des Herrn Papalekas nahezu identisch ist, belegen Ihre Veröffentlichungen, an denen ja Herr Papalekas z. T. sogar beteiligt war. Ebenfalls bemerkenswert erscheint uns Ihr offenbar ausgezeichnetes Verhältnis zu Herrn Gunther Ipsen, dem langjährigen Abteilungsleiter der Sozialforschungsstelle Dortmund, dessen Sie im Jahrbuch für Sozialwissenschaft 11 (1967) herzlichst gedenken und dem Sie in Ihren Schriften einen auffälligen Stellenwert einräumen. In der Tat ist auch an Herrn Ipsen

einiges auffällig; immerhin darf er für sich in Anspruch nehmen, während der gesamten Dauer des Naziregimes, von 33 - 45, Ordinarius für Soziologie in Königsberg und Wien gewesen zu sein. Ein beachtliches Beharrungsvermögen, wenn man bedenkt, daß die meisten deutschen Sozialwissenschaftler bereits 1933 oder kurz danach emigrieren mußten, während Herr Ipsen sich u. a. daran machte, Aufsätze für das "Handwörterbuch des Grenzund Auslandsdeutschtums" zu verfassen. Aber das dürfte Ihnen wohl mindestens ebenso bekannt sein

Angesichts dieser Fakten und aufgrund der Analyse Ihrer Veröffentlichungen, in denen positivistische Datensammelei mit reaktionären Ideologien eine denkwürdige Symbiose eingeht, sehen wir es als unsere traurige Pflicht an, Sie von der Ablehnung, auf die Sie seitens der Bochumer Studentenschaft bei Annahme des Rufes stoßen würden, in Kenntnis zu setzen. Nicht nur den Studenten der Abt. VIII wird der Gedanke unerträglich sein, Sie auf diesem Lehrstuhl zu wissen, zumal uns bekannt ist, daß Sie sich auch an der TU Berlin als Reaktionär hervorgetan haben.

Wir erlauben uns daher, Ihnen zu empfehlen, den Lehrstuhl für Methodenlehre nicht zu übernehmen, obgleich - fairerweise wollen wir darauf hinweisen - die bereits stattliche Zahl reaktionärer Bochumer Professoren Sie sicherlich mit Freuden in ihren Reihen begrüßen

Hochachtungsvoll Vorstand der Studentenschaft Sozialistische Abteilungsgr. SoWi

## Heranzüchtung kritikloser WiWis für das Kapital

Wieder einmal sind über 40 % bei der Zwischenprüfung in Wirtschaftswissenschaft durchgefallen; weitere 4 % können noch durchfallen, da sie sich bei einer mündlichen Prüfung verbessern müssen, um die Prüfung noch zu bestehen.

Zwar kann man ab nächstem Semester die Zwischenprüfung auseinanderziehen, aber das Grundübel, nämlich die Stoffülle in den einzelnen Prüfungsfächern und die große Belastung pro Semester wird dadurch nicht beseitigt. Denn immer noch kann in den Klausuren nach jedem Satz, den ein Prof einmal gesagt hat, gefragt werden; und die Profs halten alle ihre Sätze für wichtig. Außerdem sind im allgemeinen 20 Wochenstunden pro zwischenprüfungsrele-Semester vant; dazu kommen noch die Ferienkurse.



Um die Zwischenprüfung bestehen zu können, müssen die Wiwis also so viel Stoff in sich reinfres-sen, daß für Kritik und Beschäftigung mit marxistischer Ökonomie und mit Studentenpolitik keine Zeit mehr übrig bleibt. Es ist also nicht nur der Lehrstoff an sich auf die Bedürfnisse des Kapitals abgestimmt, sondern auch die Fülle. Das Kapital und seine Handlanger (öffentliche Verwaltung) erhalten dadurch so kritiklose Wirtschaftswissenschaftler, daß sie sich keine besseren vorstellen können.

Studentische Literatur KUNST BÜCHER SCHEUNE

Lennershofstraße 156 hinter der Mensa

Die Belastung pro Semester entsteht allerdings nicht nur durch die Stoffülle, sondern außerdem

dadurch, daß viele Vorlesungen teilweise über gleiche Gebiete handeln, man jedoch trotzdem zu jeder hingehen muß, weil unter anderem auch mal etwas gesagt wird, was man noch nicht gehört hat. Viele Wiwis gehen sogar in die gleiche Vorlesung mehrmals, wenn sie von verschiedenen Pros gelesen wird, weil alle Profs was anderes sagen und man erst kurz vor der Prüfung erfährt, welche Profs

durch das ineffiziente Vorlesungsprinzip. Zwar geben einige Profs Skripten heraus: aber ont weder betonen sie dann, daß diese nicht vollständig seien und folglich die Vorlesung nur ergänzen statt zu ersetzen und bringen dann extra in der Klausur, was nicht im Skript steht oder die Skripten sind so schwer verständlich, daß sie nur zur Wiederholung, nicht aber zum Ler-nen brauchbar sind. Das letzteist besonders bei dem Statistikbuch von Reichard der Fall. Das zeigt sich an dem Ergebnis der Statistikklausur: Über 60 Prozent der Klausuren sind unter dem Strich.

Die Belastung pro Semester könnte also sogar bei Beibehaltung der Stoffülle verringert werden. Das jedoch würde der Disziplinierung der Wiwis im Interesse des Kapitals widersprechen.

### **Schwarze Bretter**

Die schwarzen Bretter und die Büchertische in der neuen Mensa werden vom AStA an Hochschulgruppen verteilt. Anträge auf Zuweisung eines schwarzen Bretts sind bis Monatsende zu richten an den AStA - Organisationsreferat -Baracke 1. Die Büchertische werden zu bestimmten Terminen zugeteilt.

### "Richtigstellung"

Entgegen der Meldung in der letzten BSZ über die Bespitzelung ausländischer Studierender hat der persönliche Referent des Rektors nicht auch den Wohnort als von der Universität im Wege der Amtshilfe weitergegebenen Daten genannt.

Der Redaktion ist allerdings be-kannt, daß nicht nur bei Ausländerbehörden sondern auch bei der politischen Polizei die Adressen von Genossen sehr schnell bekannt werden. Die Universität hat wohl doch ihre Finger darin. Näheres in der nächsten BSZ!

### STUDIENKREIS FILM Filmclub an der RUB

Donnerstag, 21. Oktober David Larcher: MARE'S TAIL, Farbe, GB 1970, 18.00 und 20.45 Uhr Ein Film, der selbst seinen bittersten Gegner mit der Dauer umzustimmen vermag. MARE'S TAIL ist ein regelrechter Trip. Der Film fliegt, schwimmt und eilt von Punkt zu Punkt. Linien werden zu Formen, welche sich in Kreise verwandeln, und unsere Augen tauchen in die Farben ein. Der Film ist eine der bedeutendsten Expeditionen in die Erfahrung des Sehens, ein Klassiker der filmischen Währnehmung . . . Transformationen gehen in rasche üppige Bewegungen des Sexuellen über, in Form von aufblitzenden Segmenten; Auge, Mund, Gesicht, Glied, alles in Sekunden von Schweiß und Gesten.

Mittwoch, 27. Oktober Giulio Questi: TOTE DJANGO, Italien und Spanien 1966 Kampf zwischen faschistischer Bande und Dorfbewohnern um Gold; Django als Held und Märtyrer.

Luchino Visconti: OSSESSIONE, Italien 1942 (Besessenheit) Die Geburt des Neorealismus inmitten der faschistischen Epoche, und gegen alle Obrigkeit. Ferrara mit seinen leeren Plätzen und vor Menschen wimmelnden Straßen; der Po mit seinen langen Sandbänken - eine Landschaft, zerschnitten von staubigen Straßen, auf denen Autos und Menschen zirkulieren wie schwarzes Blut. Eine elende, habgierige, sinnliche, hart-näckige, dem täglichen Existenzkampf und unkontrollierten Instinkten unterworfene Menschheit zieht hier vorüber. Aber Viscontis Blick ist radikal Filmen wird politisch.

+ Nestler: MÜLHEIM/RUHR

ein politisch-praktisches Organon.

Mittwoch, 3. November Luchino Visconti: DER LEOPARD, Italien 1963, 18.00 und 20.45 Uhr Farbe, Cinemascope mit Burt Lancaster, Claudia Cardinale. Allain Delon, Visconti stand vor der Aufgabe, die Erzählung des Konservativen Lampedusa für den Film zu adaptieren, daß dabei der Film alles andere als konservativ herauskam. Visconti verfremdet Lampedusa durch ironische, sarkastische, ja ausgesprochen böse Nunancierungen und Details. Er führt uns mittenhinein in eine neue Zeit, die die Stellung der herrschenden Aristokratie erschüttert; Risorgimento, Garibaldi. - "Ich werde wählen, wie ich immer gewählt habe: Die kommunistische Liste." (Visconti)

Donnerstag, 4. November Sergej Eisenstein: IVAN DER SCHRECKLICHE, UdSSR 1943 - 1948 Nur 18.00 Uhr: Teil I Nur 20.30 Uhr: Teil II — Schwarzweiß und Farbe Musik: Sergej Prokoffjew — Als der erste Teil von IVAN 1946 in Paris aufgeführt wurde, schrieb man: "Die Vorführung eines neuen Films von Eisenstein erweckt ebenso große Verwunderung, wie sie das Erscheinen eines neuen Stückes von Corneille hervorrufen würde." - Die IVAN-Geschichte ereignet sich im elisabethanischen Zeitalter und zeigt den Kampf Ivans IV. um die Einheit Rußlands, Kampf gegen korrupte und reaktionäre Adels- und Priestercliquen, gegen Feinde innerhalb der Dynastie, und gegen eigene Unentschlossenheit. Eisensteins Königsdrama zeigt über den historisch-biographischen Stoff hinaus eine ganze Strategie-Lehre,

JEWEILS UM 18 UND 20.30 Uhr IN HZO 20 (Hörsaalzentrum Ost, Saal 20, Signaturfarbe des Hörsaals: Blau (Eingang unten links).





## Rau leitet zentrale Studienreform ein!

Fortsetzung von Seite 1 mium ist, in dem eine Studienreform im Sinne studentischer For-derungen auch nur ansatzweise ini-

tiiert werden kann. Der Beirat ist nicht autonom, sondern unterliegt unmittelbarer und ständiger Einflußnahme und Abhängigkeit seitens des Ministe-

Seine Funktion besteht in der Begründung, Ausformulierung und Vermittlung, letztlich also in der At-testierung ministerieller Entscheidungen. Der Beirat erfüllt Alibifunktionen für das Ministerium, das sich bei der Begründung seiner hochschulpolitischen Entscheidungen immer auf die Sachargumentation einer "demokratischen", aus den Hochschulen rekrutierten "Basis" berufen kann.

#### Möglichkeiten studentischer Einflußnahme

Möglichkeiten studentischer Einflußnahme auf die Beiratsarbeit oder gar durch die Beiratsarbei auf die staatliche Bildungspolitik sind marginal, denn die staatlichen Vorstellungen von Hochschul- und Studienreform, die im Beirat konkretisiert werden, sind der Ziel-richtung studentischer Politik dia-

metral entgegengesetzt.
Es besteht allenfalls die Gefahr,
daß studentische Teilforderungen, die die Toleranzgrenze des Kapitals nicht überschreiten, aus ihrem

Der Augen Wille:

Homosexualität

und

Gesellschaft

Für die offene oder latente Diskri-

minierung sind keineswegs nur un-

terinformierte, an die Sexualnor-men angepaßte Spießbürger ver-antwortlich zu machen. Auch ein

großer Teil der Wissenschaftler,

insbesondere Therapeuten der psy-

choanalytischen Schule (Socarides — vgl. das 1971 bei Suhrkamp er-schienene Buch 'Der offen Homo-

sexuelle'), Soziologen (Schelsky -

dessen in der rde erschienene ,So-

ziologie der Sexualität' bereits 1967

die makabre Auflagenhöhe von 175 (!) tausend erreicht hatte), Leu-

(Bürger-Prinz, immer noch leben-

diger bestseller-Autor) und andere

"Fachleute" sorgen dafür, daß das pathologische Bild des unsozialen

oder zerrütteten oder bedauerns-

wert kranken oder sogar revolutionär-gewalttätigen (fast ein Komp-

liment) Homosexuellen erhalten

Bürger-Prinz zum Beispiel, einer der prüdesten Sexualpäpste, der

Aufsätze in "Kriminalbiologie und Strafrechtsreform" manch willkom-

ärztlich-ideologische

Hilfe bei der Massenvernichtung

homosexueller Untermenschen ge-

leistet hat, wird auch von 1957 an aufwärts wieder freudig und gläu-

big zitiert (Obenerwähnter Prof.

Schelsky ist einer seiner Jünger -

bezeichnenderweise sind die Zitate aus ,KRIMINALBIOLOGIE UND STRAFRECHTSREFORM, 1939' als

Wir werden auf diese anpas-

sungsfreudigen "wissenschaftlichen" Autoritäten, die leider jedes Sy-

stem überdauern (sogar, wie im

Falle Schelskys, 'die entscheiden-den Kämpfe im Osten', an denen

sie ,bis zuletzt' teilnahmen) und ih-

ren Lebensabend mit Memoiren-

schreiben verbringen und vergol-

den, statt endlich den Mund zu hal-ten, in einer speziellen Publikation gegen Ende des Jahres zurückkom-

Die gesellschaftliche Abqualifi-

zialisierenden Instanzen tradiert. (Wird fortgesetzt)

zierung des Homosexuellen wird auf allen Ebenen und über alle so-

solche nicht ausgewiesen).

Nazis unter anderem durch

die sich als Ärzte bezeichnen

staatlichen Pläne eingearbeitet werden. Dadurch würde die Umset-zung der "Reformen" in den Hoch-schulen erleichtert, denn die Ministerialbürokratie könnte sich darauf berufen, daß die Studenten bei der Erarbeitung der staatlichen Stu-dienreformpläne nicht nur mitgearbeitet haben, sondern daß die studentischen Forderungen sogar berücksichtigt worden sind. Das heißt: die Funktion studentischer Mitarbeit im Beirat ist eine technokratische Hilfeleistung bei der kapitalistischen Hochschulreform.

#### Studentische Strategie

Die Studentenschaften von NRW haben auf mehreren ASten-Konferenzen Raus Studienreformbestrebungen diskutiert und ihr Verhal-ten bezüglich des Beirats miteinander abgestimmt. Sie gehen gemeinsam davon aus, daß Studienreform nicht von oben nach unten diktiert, sondern nur von den Hochschulen und den einzelnen Abteilungen aus initiiert und durchgeführt werden

Aufgrund der Einschätzung des Beirats als eines Gremiums, in dem ohne Beteiligung der Hochschulen, im Gegenteil in unmittelbarer Abhängigkeit von dem zu beratenden Wissenschaftsministerium ein Modell für eine Studienreform von oben erarbeitet werden soll, beschloß die ASten-Konferenz am 13. Juli, lediglich 3 Beobachter in

arbeit jedoch abzulehnen.

Dieser Beschluß wurde auf einer weiteren ASten-Konferenz modifiziert zugunsten einer Strategie des Dabeisein, auch manchmal was sagen, aber nicht konstruktiv mit-arbeiten"; darüber hinaus wurde die Ausnutzung der 8 vom Ministerium angebotenen Beiratssitze

#### Grundsatzentscheidung fällen!

Die augenblickliche Position der Studenten im Beirat aufgrund dieser Beschlüsse ist in sich unlogisch und praktisch nicht durchführbar: der modifizierte Beobachterstatus ist längst zur konstruktiven Mitarbeit geworden, was der ursprünglichen Strategie widerspricht.

Die nächste ASten-Konferenz muß daher die Entscheidung fällen, ob die Studenten auf die weitere Beratung des Herrn Ministers verzichten und aus dem Beirat heraus-

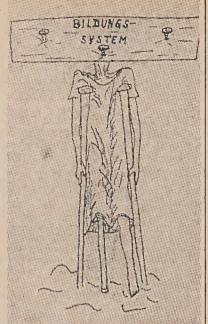
gehen, oder ob sie weiterhin brav beraten wollen. Das weitere Verbleiben der Stu-denten im Beirat heißt unserer

Meinung nach

Mitarbeit in einem Gremium, das wir grundsätzlich ablehnen, unter Bedingungen, die wir

grundsätzlich ablehnen, Mitarbeit an einer Sache, die wir grundsätzlich ablehnen.
 Studentische Forderungen kön-

nen nur durchgesetzt werden, wenn sie nicht von einer Handvoll Funk-Zusammenhang gerissen und in die den Beirat zu entsenden, eine Mit- tionären in zentralen Gremien, son-



dern von der Masse der Studenten getragen werden. Wir müssen un-sere Erkenntnis, daß inhaltliche Studienreform nur von den Hochschulen und den einzelnen Abteilungen geleistet werden kann, in unserer politischen Arbeit prak-tisch umsetzen, und das heißt:

Erarbeitet Gegenvorstellungen in Eurem Interesse! Versucht, Eure Vorstellungen in der Abteilung durchzusetzen! Nur so können wir den staatlichen Studienreformbe-

strebungen wirksam begegnen.

# Neues "Mensa"essen



. . . für Kapitalisten gibt's in der neuen Kantine natürlich sowas zu essen. 5 Min.).

Die Ursachen für die Spannungssi-

tuation, in der sich der Homosexuelle befindet, sind im wesentli-

chen gesellschaftlicher Genese; die

Gesellschaft zeigt jedoch kaum die Absicht, der nicht konformen Min-

derheit die Emanzipation zu er-

leichtern. Sie sorgt in vielen In-

stanzen (Schulen, religiöse Gemein-

schaften - in nie vermuteter Ein-

tracht von den Katholiken bis zu den

Zeugen Jehovas —, populärwissen-schaftliche Medien, politische Re-

den (Strauß, Würmeling) dafür, daß

eine gegen den Homosexuellen ge-

richtete Einstellung überliefert wird, wenn auch inzwischen von der

Kriminalisierung abgegangen und

auf medizinische Pathologisierung

HAG: Kontakt über Bochum, Postfach 1106, oder Telefon 71 38 57

(donnerstags zwischen 12 und

K .- O. Bauer

umgeschwenkt worden ist.

Wer in der letzten Woche verzwei-felt und ergebnislos nach der NEUEN Kantine der RUB, gen. Mensa gesucht hat, würde sicher einem der Architekten gönnen, daß er sich in einem Unt-Gang verirrt und verhungert; doch daran denken diese Herren nicht, im Gegenteil: Am 8. Oktober fand vormittags eine "Führung" durch die neue Kantine statt — nur für deren Erbauer und eine Hand voll weiterer Bochumer Honoratioren. Uni-Kanzler Seel rühmte den schnellen Ausbau seiner Universität; Akafö-Vorsitzender Lutter (Juraprof) lobte alle Architekten und Techniker, die das Wunderwerk vollbrachten, würdigte jedoch die Kollegen, die hier gearbeitet haben, mit keinem Wort; die Herren fraßen für Studenten bestimmtes Gebäck auf, durften umsonst kegeln . . . und anschließend sammelten sie sich zu einem klei-nen "Imbiß", von dem hier leider nur ein winziger Ausschnitt gezeigt werden kann.

Diese Kleinigkeit ging jedoch nicht auf unsere Kosten: Die Herren Architekten (die wohl mehrere Mil-lionen an dem neuen Bau verdienten) hatten sie spendiert. Wenn schon so nicht das Kantinen-Essen ist, können wir angesichts der her-vorragenden Köche und Küche wohl folgendes verlangen:

Während man vom Essen in der alten Kantine mit der Zeit Mangelerscheinungen kriegte, weil viel zu wenig Kalorien und kaum Vitamine usw. drin waren, sollten die Untersuchungsergebnisse über das neue Kantinen-Essen regelmäßig den Studenten zur Verfügung gestellt werden.

Auf studentischen Druck konnte vor 2 Jahren erreicht werden, daß der jeweilige Materialwert des Essens (DM 1,10) durch Aushang angegeben wurde; diese Kontrolle muß wieder eingeführt werden.

Da trotzdem nicht jeder das Essen blind ißt, sollte bei großer Kantine und Selbstbedienungsrestaurant jeweils das andere Essen angekündigt werden (bisheriger Fußweg zwischen den Aushängen:

In der BSZ soll von nun an regelmäßig eine "Mecker-Ecke" eingerichtet werden, in der alle Studentinnen und Studenten sowie die übrigen Universitätsangehörigen auf Mißstände jeglicher Art hinweisen können, die irgendwie mit der Universität in Verbindung stehen.

Wir, der Vorstand der Studentenschaft und die BSZ-Redaktion, wollen uns bemühen mit Hilfe des AStA-Apparats und den daraus resultierenden Einflüssen und Beziehungen diese Mißstände zu beseitigen - quasi als Abfallprodukt unserer politischen Funktionärstätigkeit.

Sagt uns Bescheid, schreibt (s. Impressum bzw.: - im Hause - Baracke 1 - unfrankiert in Unipostkästen), ruft uns an (Tel. 701855, 71 - 24 16 Uni) wenn euch irgendwas hier stinkt. Wir werden die jeweils vorliegenden Probleme bzw. Fragen in der BSZ abdrucken und uns bemühen, jeweils für die nächste Nummer die Sache erledigt zu haben.

Das erste "Gemecker" ist:

- Möglichkeit der Durchfahrt zwischen IA und MA (z. Z. durch Erdhaufen blockiert -- s. Bild).
- Aufstellen mehrerer Verkaufstische für Bücher und Platten in der neuen Mensa.
- Sind Preissenkungen in den Cafeterien möglich, da jetzt fast alles in der neuen Men-
- gen BoGeStra-Millionendefizits irgendwann wieder mit neuen Fahrpreiserhöhungen gerechnet werden?

Wir hoffen, diese Fragen für die nächste Nummer geklärt zu haben.



(zwischen N- und G-Bereich)

#### **Großer Saal**

11.30 bis 14.00 Uhr Mittagessen, Gedeck I, Eintopf

Kleiner Saal 11.30 bis 19.30 Uhr

> Mittagessen (Wahlessen) 11.30 bis 14.00 Uhr Abendessen. 17.30 bis 19.00 Uhr Kalte Küche, Kuchen, kalte u. heiße Getränke

#### Cafeteria

8.00 bis 15.30 Uhr Kalte Küche, Suppen, Kuchen, kalte und heiße Getränke

#### Bierklause

12.00 bis 22.00 Uhr 4 verschiedene Biere

### Kegelbahn

10.00 bis 16.00 Uhr ohne Voranmeldung 17.00 bis 23.00 Uhr mit Voranmeldung

Für weitere Informationen und für die Bereitstellung von Räumen in der Mensa II, z. B. für Sonderveranstaltungen, wenden Sie sich

Akademisches Förderungswerk, Telefon 2424.

## Ratschlag für Kinogänger

von Busby

Dieser "Ratschlag" soll wieder in jeder BSZ-Nummer erscheinen. Er umfaßt die interessanten (auch fragwürdige) Erstaufführungen und wichtige Wiederaufführungen. Titel, die für Studenten von sekundärem Interesse sind, erscheinen nicht (Kolle, Heintje & Co.). Unsere Kategorien sind freilich subjektiv, sind ein Gemenge aus ästhetischen, sozialen, politischen und filmpolitischen Kriterlen. Um abgewogene Beurteilung bemühen wir uns durch Lektüre der Literatur und der Filmfachpresse und durch Vorbesichtigungen der Filme. — Daten ohne Gewähr: Vollständigkeit wird nicht angestrebt.

Für Erstsemester: ein Großteil der Bochumer Innenstadtkinos gewährt Studentenermäßigung; das Bali wird in Kürze dazukommen.

ärgerlich - ATELIER - ab 15. 10.

DAS WIEGENLIED VOM TOTSCHLAG (Soldier Blue). Den Unterschied zwischen dem Cheyenne- und dem My-Lai-Massaker, die hier miteinander assoziiert werden sollen, mag der aufgeschlossene Zeitgenosse den täglichen Aktienkursen entnehmen: historische Analogien überspringen die Industriealisierung nicht.

belanglos - STUDIO - ab 15. 10.

DECAMERONE von Pier Paolo Pasolini. Ein großer Regisseur bastelte hler leider nur Bilderbögen zusammen. Ein ganz netter, unterhaltsamer Film, sehr bunt, aber kein Pasolini. Starkes Stück: wie Pasolini sich als Giotto in Szene setzt!

annehmbar - CAPITOL - ab 15. 10.

LITTLE BIG MAN von Arthur Penn, mit Dustin Hoffmann. Ein uralter, verschrumpelter Indianer führt uns zurück in den alten Wilden Westen und zeigt, daß alles natürlich ganz anders war, als wir es uns haben vormachen lassen vom Kino. Dabei gibt es interessante Fakten zu ent-

witzig - BALI - 21. 10.

DER SCHATZ DES GEHENKTEN von John Sturges. 1957, mit Widmark und Robert Taylor. Sarkastischer Thriller im Western-Gewand.

ärgerlich - CAPITOL - ab 22. 10.

DIE TEUFEL von Ken Russell, nach Aldous Huxley's "Teulelin von Loudon". Wer Pestgeschwür und Nonnenkotze, Heißwasserklistier in die Vagina und verbrennende Haut, Onanie mit geweihten Kerzen etc. sehen will, der ist hier am Platze. Film für Maso-Katholiken.

annehmbar — ATLANTIS — ab 22. 10.

GOLDRAUB IN TEXAS, 1952, mit Randolph Scott und Lee Marvin. Grundsolider Film, in dem alles stimmt, gut gemacht.

verlogen - BALI - 25. 10.

IRMA LA DOUCE von Billy Wilder. Auch Nutten können spießig sein und sich nach Babies und dem Kochtopt sehnen. Die verklarung und Verharmlosung des Prostituiertenmilieus verdient Maulschellen.

annehmbar — STUDIO — 28. 10. TOLL TRIEBEN ES DIE ALTEN RÖMER von Richard Lester, mit Zero Mostel und Buster Keaton, Klamauk.

Premiere — ATLANTIS — 29. 10. LE MANS. Teurer Film. Rennfahrerfilm.

vorzüglich — BALI — 31, 10.

RIO LOBO von Howard Hawks, mit John Wayne. Ein wunderschöner Film, der sich Zeit läßt beim Erzählen. Schon allein der Überfall auf den Postzug ist so dufte gekonnt und so witzig, daß sich der Besuch rentiert. Und – oh Wunder! – John Wayne wird an manchen Stellen fast so was wie Mensch.

sehenswert - STUDIO - nur 4. 11.

LENZ von George Moorse, nach Büchner. Ein Film über Entfremdung, Ausflippen, Wahnsinn. Spielt im Gebirge, auf dem Land, Im Winter. Schwarzer Wald, Schnee und Fels in Farben, die wie angetrübt erscheinen." (Der Film läuft demnächst auch im Filmclub.)

sehenswert – BALI – 4. 11.

QUO VADIS von Mervyn LeRoy. Schon allein Peter Ustinov als Nero

überragend - STUDIO - ab 29. 10.

FANTASIA von Walt Disney, Sein erstaunlichster Film: ein Musik-Märchen. Eng nebeneinander blühen Zauberkunst und Kitsch. Zu Tschalkowskijs Nußknackersuite tanzen Wassertropfen, Herbstblätter und Pilze, Mickey ist der Zauberlehrling mit dem Besen-Besen und dirigiert die Kometen und Sternschnuppen am Himmel. Dinosaurler stampfen Strawinskijs Sacre du Printemps aus dem Urweltboden. Vieles tut einfach weh - so Disney's pädagogischer Spleen -, aber an einigen Stellen - etwa, wenn die wei-Ben Pegasusse vom Flug über Arkadiens Buchten im Meere "wassern" wie große Schwäne, und das zu Beethovens Pastorale, wird ein Punkt erreicht, wo alles traumhaft schön ist wie ein Paradies und wo man Farben hören und Töne sehen kann.

## Elektronische Orgeln Ein Klangreichtum den man erleben muß. Über 20 verschiedene Modelle am Lager. BOCHUM KORTUMSTRASSE 93

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Renate Zimmermann-Eisel (SHB), Hannes Sänger (SAG), Eva Adameit (SHB).

Auditen (Srib).

Redaktion: Bernd Holzrichter (REF), Harald Jung (SAG), Erich Eisel (SHB).

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60.

Auflage 10 000 Exemplare.

Anzeigenleitung: s. Redaktion.

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12–16.

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.

Stud. Sa., 23. 10. 71 HORST STEFFEN SOMMER, Berlin 20.00 Uhr "Horror-Hits und liebe Lieder" 3,-CONTECT-TRIO, Essen Sa., 30, 10, 71 20.00 Uhr 2,50 Pop Jazz So., 31. 10. 71 LIFE STRIP scenes — actions — songs Schreiber: Ginsberg, Bukowski, Clark Macher: Engelhardt-Cramer, Lamla, Hauser 6,— 22.00 Uhr 4,-HANNES WADER, Berlin Sa., 6. 11. 71 Eigene Chansons, Untermieterlieder 20.00 Uhr

Club Liberitas

BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 16735

13 Uhr).

VORANKÜNDIGUNG: FRANZ JOSEF DEGENHARDT, 18. Nov. 1971, in der Ruhrland-Halle Bochum. – Einheitspreis auf allen Plätzen DM 5,-. Vorverkauf bereits im Club, im Verkehrsverein und in der Kunst- und

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FUR WEHRUNWILLIGE Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.

sa selbst hergestellt wird??

Muß angesichts des riesi-